

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

ausgabe
nummer **40**

September/Oktober 2008



**Städtische Wohnungsbau
verkauft Wohnanlagen**

**Schacht "Maria Glück"
Skandal um
Asse-Laugen?**

SVO - Natur oder Watt?

**Skinheadkonzert und Sonnenwendfeier in Eschede -
Widerstand auf dem Land**

**Drastische Gaspreiserhöhung, deshalb: Der SVO den Geld-
hahn abdrehen**

INHALT

Städtische Wohnungsbau verkauft Wohnanlagen	Seite 03
Leserbrief Auf zur Verteidigung	Seite 04
Schacht "Maria Glück" Skandal um Asse-Laugen??	Seite 05
Drastische Gaspreiserhöhung, deshalb: Der SVO den Geldhahn abdrehen	Seite 07
Interview mit Wolf Wallat und Andreas Hauptmeyer "... Sprachrohr des linken Spektrums werden ..."	Seite 10
Wolf Wallat in der Linken	Seite 11
Neue Soziale Bewegungen in Celle (7) Die Hausbesetzung im Jahr 1981	Seite 12
SVO - Natur oder Watt?	Seite 16
Neue Soziale Bewegungen in Celle (7) Die Hausbesetzung im Jahr 1981	Seite 12
Skinheadkonzert und Sonnenwendfeier in Eschede Widerstand auf dem Land	Seite 18
Villa Grande	Seite 19
Lokales - Meldungen	Seite 20
Geht's eigentlich nur um Anna oder auch um Ayse? Gesamtschuldiskussion	Seite 23
Entwürdigung im Namen des Rechts beenden	Seite 27
kino achteinhalb Nominiert für den Landesfilmpreis 2008	Seite 29
Literatur Rüggebergs Geschichte der Stadt Celle	Seite 17
Spurensuche in Celle	Seite 24
Cluster	Seite 25
Bewegende Momente?	Seite 26
Termine in Kino achteinhalb	Seite 28
Rosa Luxemburg Club Veranstaltungen in II/2008	Seite 30
Termine	Seite 31

Hallo liebe Leute,

Vielleicht hätten sich ja SVO und WBG die Kritik ersparen können mit ein, zwei ganzseitigen Inseraten. Nein, selbstverständlich nicht - revista ist nicht käuflich, nicht einmal so zu erwerben.

Damit das so bleibt, wäre allerdings die eine oder andere Spende wohlmeinender LeserInnen auf unser Konto hilfreich.

Wie die von D. über 50,- EUR sowie die regelmäßige Spende von H. aus B. - Danke dafür!!!

Trotz der vielen Unerfreulichkeiten, über die wir berichten, viel Vergnügen beim Lesen wünscht Euch

Eure revista-Redaktion

Impressum:

Revista, Nr. 40
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).

Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle

email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner

Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001

K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"

Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!

<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

"Berufsspekulant" (FAZ) hat Finger im Spiel

Städtische Wohnungsbau verkauft Wohnanlagen

"... mit diesem Schreiben möchten wir Sie in Kenntnis setzen, dass wir unsere Wohnanlage im Ortsteil Celle-Vorwerk (Meudonstraße, Tavistockstraße und Vorwerker Platz) mit Wirkung vom 1. August 2008 an die Kommunale Wohnen AG (KWG) veräußert haben. [...] Wir werden Ihnen in Kürze weitere Informationen zukommen lassen, z.B. wohin zukünftig die Miete zu zahlen ist." Mit diesem Text "informierte" die Städtische Wohnungsbau GmbH (WBG) ihre "Mieterinnen und Mieter" am 4. Juli und bat "um Verständnis für die aus unserer Sicht notwendig gewordene Verkaufsmaßnahme". Entledigt hat sich die WBG damit auch "ihrer" sozialen Verantwortung für einen der sozialen Brennpunkte der Stadt.

Insgesamt geht es um 173 Wohnungen in 36 Gebäuden. Die KWG gab bekannt, 522 Euro pro qm gezahlt zu haben, insgesamt also rund 7-8 Millionen Euro. Die noch nicht lange auf dem Markt aktive Aktiengesellschaft hat aktuell nach eigenen Angaben 3.800 Wohnungen im Bestand. Im Jahr 2007 erzielte man einen Gewinn nach Steuern von 3,1 Millionen Euro.

Hinter der KWG steckt der Finanzjongleur Karl Ehlerding, der mit seiner Familie knapp 50 Prozent der Anteile an der Kommunalen Wohnen AG (KWG) hält. Über ihn schrieb die Hamburger taz am selben Tag, als die WBG ihre Briefe an die Mieter rausgeschickte: "Er war Milliardär, für seine Börsentricks berühmt, dann ging er pleite." Noch Anfang 2000 galt er als "Deutschlands erfolgreichster Firmenjäger" (Wirtschaftswoche). Damals gehörten ihm zwei Drittel der Aktien der Beteiligungsholding WCM. An der Börse war das Unternehmen sieben Milliarden Euro wert. Die taz zu seinem damaligen Ruf: "In Börsenkreisen nannten sie ihn damals den raider. Das heißt Angreifer, Gangster, Plünderer, Räuber." Die WCM hatte zwei Kerngeschäftsfelder: Wohnimmobilien in ehemals gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaften und Unternehmensbeteiligungen an einer Vielzahl von börsennotierten Gesellschaften.

Das damalige Geschäftsprinzip lässt sich so beschreiben: Preisgünstig erwarb man Immobilien aus zumeist kommunalen Beständen. Dann wurde ein bisschen modernisiert und die Mieten kräftig angehoben. Nebenbei machte man an der Börse und über Bilanztricks Kasse. - Aber Ehlerding verspekulierte sich bei einem Commerzbank-Deal. Schon Ende 2002 war von 680 Million Euro Privatschulden die Rede; bei stürzenden Kursen hatte er seine Aktien verscherneln müssen. Seit drei Jahren aber gilt er wieder als schuldenfrei.

Und irgendwie scheint Ehlerding jetzt mit der KWG das ehemals so erfolgreiche Geschäftsmodell

wiederholen zu wollen. Mit ein bisschen mehr Imagepflege. Und sein Image war schon vor dem Crash der WCM angeschlagen: Im Juni 1998 hatte Bundesverkehrsminister Wissmann (CDU) auf Drängen von Kanzler Kohl entschieden, 112600 Eisenbahnerwohnungen an ein Bieterkonsortium unter Führung der Ehlerding-Firma zu verkaufen, obwohl es einen anderen Interessenten mit deutlich höherem Angebot gegeben hatte. Wenige Monate später spendete das Ehepaar Ehlerding der CDU und ihrem "Bimbos"-Kanzler fünf Millionen Mark. Mit dem unübersehbaren Zusammenhang beschäftigte sich dann - ergebnislos - auch der Parteispenden-Untersuchungsausschuss.

Heute sitzt überraschenderweise der SPD-Edelmann Björn Engholm mit im Aufsichtsrat der KWG und in einer Unternehmensanalyse von SES-Research wird behauptet, dass in punkto Mieterschutz bei Käufen sämtliche Sozialregelungen übernommen würden. Fast auffällig wird auf der Firmenwebsite die Ausrichtung auf eine "langfristige Bestandshaltung" betont. Kurios allerdings ist die Logik, nach der gerade der Celler Deal dafür als Beleg gelten soll: "Dass sich die städtische Gesellschaft bei der Veräußerung für die KWG entschieden hat, ist Beleg dafür, dass wir als unabhängiger deutscher Investor mit langfristiger Ausrichtung als zuverlässiger Partner bei den Kommunen anerkannt sind." (PR vom 7.7.2008) Man rechne mit einer "Renaissance der Sachwerte": "Irgendwo wollen die Anleger ihre Werte speichern, da verhält es sich mit Immobilien genauso wie mit Gold." Mieterhöhungen seien auch trotz der vom Staat gezogenen Grenzen wahrscheinlich: "Die Kommunen werden sich weiter aus den Wohnbeständen zurückziehen, und sie werden dafür sorgen müssen, dass die Renditen in Ordnung sind."



In Celle ist besonders problematisch, dass man seitens der WBG scheinbar mit einem sozial problematischen Quartier einfach nichts mehr zu tun haben will. Was bisher als gemeinwesenorientierte Sozialarbeit mit caritasPOINT, der Jugendhilfeeinheit des Verbundes sozialtherapeutischer Einrichtungen (VSE) und dem Allgemeinen Sozialdienst der Stadt Celle (ASD) etabliert wurde, läuft zwar zunächst weiter. Ob und wie sich die Kooperation mit dem neuen Besitzer gestaltet, ist aber völlig offen. Der Vorstandsvorsitzende Sy Schlüter teilte in einer Pressemitteilung kürzlich mit, wie die KWG auf die MieterInnen zugeht: "Wir machen zum Beispiel Mieterfeste; da grillen wir Würstchen für alle." Die einen bekommen ein 8 %-Renditeversprechen und die anderen "kleine Würstchen".

Von Seiten der politisch Verantwortlichen ist bisher kein einziges Wort verlautet. Die WBG ist zwar nicht mehr gemeinnützig, aber die Stadt Celle ist alleinige Gesellschafterin. Folglich sitzen im Aufsichtsrat neben OB Martin Biermann, Dr. Wulf Haack (Vorsitzender), Dr. Astrid Peters (alle CDU), Reinhold Wilhelms, Iris Fiss (SPD), Hans-Herbert Encke (FDP) und (bis vor kurzem) Georgia Langhans (Grüne). Haben tatsächlich alle diesem Geschäft mit der Ehlerdings KWG zugestimmt? Warum wurde überhaupt verkauft? Ist diese gewichtige Entscheidung in irgendwelchen städtischen Gremien eigentlich diskutiert worden? Öffentliche Beschlussfassungen gab es augenscheinlich nicht. Und was wird als nächstes verkauft, ohne dass die direkt Betroffenen oder die BürgerInnen überhaupt gefragt werden?

Wohnungsprivatisierungen weiter im Trend

(...) Einmalig für Wohnungsprivatisierungen in Europa erfolgt der Verkauf vormals öffentlicher Wohnungen in Deutschland nicht direkt an die Bewohnerinnen, wie es in Großbritannien aber auch in Osteuropa zu beobachten war, (...) Im Gegensatz dazu erfolgten die Wohnungsverkäufe deutscher Kommunen in den vergangenen fünf Jahren überwiegend an Finanzinvestoren, die in ihren Investitionsstrategien auf die Bewirtschaftung möglichst großer Bestände setzen. Die Privatisierung hier bedeutet die Auslieferung einer so basalen Lebensgrundlage wie des Wohnens an die Verwertungsinteressen internationaler Finanzinvestoren. Die Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist damit nicht nur als eine Auflösung des Öffentlichen und die neoliberale Durchsetzung von Eigenverantwortung zu verstehen, sondern als Teil einer finanzdominierten Akkumulationsweise.

Die regelmäßigen und stabilen Einnahmen in Mietwohnungsbeständen erscheinen dabei als eine notwendige Voraussetzung. Denn auf der Basis von bis zu 90 Prozent Krediten realisieren sich die Gewinne der Finanzinvestoren letztlich durch kleine Zusatzgeschäfte. Während die Mieteinnahmen die Kreditkosten des Fremdkapitals decken,

stellen der Verkauf einer kleinen Wohnanlage oder die Reduzierung der Verwaltungskosten berechnet auf den Eigenkapitalanteil eine erhebliche Gewinnmarge dar.

Wohnungsprivatisierung in Deutschland ist nicht nur Entstaatlichung, sondern der Ein- und Aufstieg eines neuen Investorentyps auf den Wohnungsmärkten. (...)

ANDREJ HOLM

Aus: Andrej Holm, Wohnungsprivatisierung weiter im Trend, in: They gonna privatize the air, Broschüre der Antifaschistischen Linken Berlin (ALB), Berlin 2008, S. 40-41. Die Broschüre gibt's im Bunten Haus oder unter den downloads www.antifa.de.



Leserbrief Auf zur Verteidigung

In Hermannsburg steht er an der Straße nach Unterlüß: vom Heimatbund aufgestellter Findling mit der Inschrift "Nie wieder Krieg" zur Erinnerung an die in diesem Wohngebiet im März 44 von alliierten Fliegerbomben getöteten Einwohner. Hermannsburger hatten sich dafür engagiert, um 50 Jahre nach Kriegsende ein Zukunftszeichen zu setzen. Es ist Wunsch geblieben. Bald danach begann unter deutscher Beteiligung die NATO-Bombardierung Belgrads und weiterer Orte in Jugoslawien. Inzwischen ist die Bundeswehr zur Interventionsarmee geworden, die außerhalb Deutschlands in Krisensituationen zu "friedenserhaltenden Maßnahmen" ein-

gesetzt wird. Paradebeispiel Afghanistan, wohin jetzt noch als weitere Kampfeinheit die "Schnelle Eingreiftruppe" geschickt worden ist, so dass dieser als "Verteidigung" schmackhaft gemacht Krieg immer größere Dimensionen annimmt.

Steingewordene Sehnsucht ist wieder einmal von der Realität beseitigt worden. Sollte nun die Inschrift zum Gedenken an die damaligen Opfer unverändert bleiben oder mit umfassenderem Blick in "Nie wieder Krieg ohne uns" aktualisiert werden?

Hans Steuernagel

Schacht "Maria Glück" Skandal um Asse-Laugen?



Seit Mitte 2006 wurden in der alten Schachanlage Maria-Glück in Höfer 7208 m³ Salzlösung aus dem Atomenergieendlager Asse II verflutet.

Bundesumweltminister Gabriel hatte dies am 12. August am Rande einer "Sommertour" durch Niederbayern mit der Bemerkung

erzählt, die Salzlösung sei radioaktiv belastet mit Tritium sowie Uran 235 und 238. Das niedersächsische Umweltministerium und die Asse-Betreibergesellschaft Helmholtz Zentrum München dementierten sofort jegliches Gefährdungspotenzial. Die Verunsicherung in der Bevölkerung vor Ort konnten sie damit nicht aus der Welt schaffen. Da die ganze Angelegenheit für den normalen Zeitungsleser einigermaßen verwirrend ist, versuchen wir uns mal an einer Sortierung der Fakten und Meinungen sowie der offenen Fragen.

1. Die Asse II ist ein ehemaliges Salzbergwerk bei Wolfenbüttel. Von 1965 bis 1979 wurden dort radioaktive Abfälle eingelagert - offiziell zu Forschungszwecken für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in Salzformationen, wie es heißt. So ist die Atomwirtschaft immerhin 124.494 Fässer mit schwachradioaktiven und 1.293 mit mittelfradioaktiven Abfällen losgeworden (rund 89.000 Tonnen). Neben anderen Spaltprodukten sind in der Gesamtmenge auch 102 Tonnen Uran, 87 Tonnen Thorium und 11,6 Kilogramm Plutonium enthalten. Betreiber ist das Helmholtz Zentrum München, vor dem die Gesellschaft für Strahlenforschung (GSF).

2. Die Kosten der öffentlichen Hand für das angebliche "Forschungsbergwerk" ASSE II beliefen sich bis 31. Dezember 2007 auf 257 Mio. Euro. Die zukünftigen Kosten werden auf knapp 600 Mio. Euro geschätzt. Obwohl es sich zu 95 % um Abfälle aus Atomanlagen handelt, sind die Verursacher bzw. die Stromkonzerne finanziell nicht beteiligt. - Von 1974 bis 2007 hat die Bundesregierung die kerntechnische Forschung an den Helmholtz-Zentren (Forschungszentren Jülich und Karlsruhe, GKSS Forschungszentrum Geesthacht, Helmholtz-Zentrum Berlin für Materialien und Energie und Helmholtz-Zentrum München) mit insgesamt 4,44 Mrd. Euro institutionell gefördert.

3. Seit 20 Jahren hat die Asse ein Problem. Es passierte, was man "mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" meinte ausschließen zu können: Wassereintritte aus dem so genannten Deckgebirge. Und wo Wasser "von oben" eintritt, gibt's eben genau die Verbindung zur Biosphäre, die man mit der Endlagerung in Salzgestein für eine Million Jahre verhindern wollte. Heute werden täglich insgesamt etwa 12.000

Liter (12 m³) dieser einfließenden Natriumchlorid-Lösung aufgefangen, insgesamt bisher ca. 60 Millionen Liter. (Im Salzbergbau wird eine gesättigte oder konzentrierte Salzlösung auch als Lauge bezeichnet.)

4. Da man die Anlage ja eigentlich trocken haben will, muss die eingetretene Salzlösung wieder raus aus dem Schacht. Der Betreiber hatte einige Wochen vor Gabriels Wortmeldung hierzu mitgeteilt: "Diese Lösung wird an allen Sammelstellen regelmäßig durch den Strahlenschutz gemessen. Sie ist kontaminationsfrei. Daher darf sie als solche über ein Zwischenspeicherbecken [...] nach über Tage verbracht werden. Diese Lösung wird mit LKW abtransportiert und zur Verfüllung und Stabilisierung anderer Bergwerke verwendet."

5. Zielorte waren zwischen 2005 und 2008 die stillgelegten Schachanlagen Bad Salzdetfurth (Kreis Hildesheim), Hope (Kreis Soltau-Fallingb.ostel) und eben Maria Glück (Kreis Celle) - insgesamt sollen dort zusammen rund 20.000 m³ eingelassen worden sein. Mitte 2006 begannen nach Aussagen des Nds. Umweltministeriums die Transporte nach Höfer. - Laut NDR 1 Niedersachsen hatte der Asse-Betreiber allerdings eingeräumt, "dass wir über einen Zeitraum von etwa zwölf Jahren Lauge aus der Asse an andere Orte gebracht haben". Zu fragen wäre dann z.B., wohin in der Zeit von 1996 bis 2005 geliefert wurde? (Bereits am 6.7.2008 stellte die Landtagsabgeordnete Christel Wegener eine sehr umfangreiche Anfrage zu der Transportproblematik, siehe unter www.redglobe.de/images/download/080812wegener.pdf)

6. Von 1922 bis 1970 wurde in Höfer Kali und Salz gefördert. Das Bergwerk gehört dem Konzern K+S AG, die in Niedersachsen über 28 stillgelegte Kalibergwerke verfügt. Hauptgeschäft von K + S sind Düngemittel und Salzprodukte, aber bundesweit betreibt man auch sieben Untertagedeponien, steckt also auch im "Entsorgungsgeschäft". - Seit 2001 läuft im stillgelegten Bergwerk in Höfer eine Flutung des 5,4 Millionen m³ großen Hohlraums. Bisher sind rund 1,3



Millionen m³ mit Wasser aus der Aschau und Laugen gefüllt worden. Und eben die gut 7, 2 Millionen Liter Salzlösung aus der Asse. (In einigen Meldungen war von 8,8 Mio. Liter die Rede - ganz genau schien man es am Anfang nicht zu wissen.) Die Flutung soll 2012 abgeschlossen sein; ein übliches Verfahren, um alte Salzstollen zu verschließen. - In Hope (Soltau- Fallingbostal) sollen 12,3 Mio. Liter, in Salz Detfurth (Hildesheim) 1,3 Mio. Liter versenkt worden sein.

7. Erstaunlicherweise unterliegt die Asse II nicht dem Atom-, sondern dem Bergrecht. Und das, obwohl es sich um radioaktives Material handelt.

Genehmigungsbehörde für den Transport nach Höfer ist deshalb das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie in Hannover. Dies erließ für die Versenkung der salzhaltigen Lösungen in die Bergwerke bergrechtliche Sonderbetriebspläne.

8. Die entscheidende Frage ist selbstverständlich: Ist die Salzlösung radioaktiv kontaminiert? Die Aussagen sind unübersichtlich.

" Umweltminister Gabriel hatte behauptet, es gäbe eine Belastung mit Tritium sowie Uran 235 und 238.

" Der Staatssekretär im Nds. Umweltministeriums Stefan Birkner (FDP) sprach von natürlicher Strahlung, die die Salzlösung aufweise. Vermutlich nehme das Wasser beim Fluss durch die Erde in geringen Mengen Uran 235 und 238 auf. Das am Auffangpunkt in 490 Metern Tiefe nachgewiesene Nuklid Tritium lasse sich überirdisch nicht mehr nachweisen, so Birkner. Messungen hätten gezeigt, dass die Aktivitätskonzentrationen stets unterhalb einem Zehntel der Freigabewerte der Strahlenschutzverordnung lägen.

" Das Helmholtz Zentrum bestritt eine nennenswerte radioaktiv Belastung, äußerte sich aber explizit nur zu Cäsium 137 und Tritium: "Die Lösung nimmt keinen Weg durch die Einlagerungskammern, sondern einen anderen Weg, und kann so kontaminationsfrei in der Sohle vor der Kammer 9 auf der 750-m-Sohle gesammelt werden. Ein maximal festgestellter

Wert an Cäsium-137 betrug etwa 17 Bq/kg, das ist deutlich weniger als die durchschnittliche Cs-137-Aktivität in einem Kilo Gartenerde in Niedersachsen (ca. 50 Bq/kg)." Die Belastung mit radioaktivem Tritium liege weit unter den Grenzwerten, sagte der für Asse II zuständige Sprecher des Helmholtz Zentrums München, Heinz-Jörg Haury. Seinen Angaben zufolge ist unklar, woher das Tritium stammt. Er schloss aus, dass es aus den eingelagerten Atommüllfässern kommen könnte.

" Die letzte Aussage war schon wenige Tage später hinfällig: Aus einer Studie des Forschungszentrums Jülich und der Universität Clausthal geht hervor, dass eine bislang ungeklärte radioaktive Verseuchung der Salzlösung aus den Atommüllfässern in einer Lagerkammer stammt. Nach Umweltstaatssekretär ist deshalb nicht auszuschließen, dass auch das eindringende Wasser - zwölf m³ täglich - mit den radioaktiven Abfällen in Kontakt komme.

9. Wer misst eigentlich wo und wie oft? Gemessen wird vom "Strahlenschutz" des Helmholtz Zentrums. Der Betreiber prüft also selbst - es gilt ja als Forschung. Scheinbar werden im "Zwischenlager" in der Asse auf 490 m Proben genommen und dann von jeder Ladung der Transportflüssigkeit. In Höfer fanden keinerlei Messungen statt. Und welche Grenzwerte wurden bei der Einordnung zugrunde gelegt? Selbstverständlich die Strahlenschutzverordnung. Die aber macht z.B. einen Unterschied bei maximal zulässigen Strahlenbelastungen zwischen beruflich Strahlenexponierten, also den Betriebsmitarbeitern, und der Bevölkerung.

10. Zur Verunsicherung trägt entscheidend bei, dass das Helmholtz Zentrum und das Nds. Umweltministerium ein Glaubwürdigkeitsproblem haben. Über 20 Jahre hatte man für die Asse behauptet, dass ein Wasserzutritt in das Salzbergwerk Asse im höchstem Maß unwahrscheinlich sei. Seit 1988 aber läuft die Salzlösung, um die es geht. Die Standsicherheit kann nur noch bis zum Jahr 2014 garantiert werden. Stürzen einzelne Kammern oder das gesamte Bergwerk ein, kann das radio-

aktive Inventar der Fässer innerhalb kürzester Zeit in das Grundwasser gelangen. Das "Versuchs"-Endlager ist faktisch havariert. "Was für die Ewigkeit halten sollte, ist schon nach 40 Jahren am Ende - wie es mit dem radioaktiven Müll weitergehen soll, ist unklar." (Spiegel, 26.06.2008) Die eigentlich unbedingt erforderliche Rückholung der radioaktiven Fässer ist enorm erschwert dadurch, dass ein Großteil der Fässer einfach abgekippt und schon bei der Einlagerung beschädigt wurde. Im Juni war zudem bekannt geworden, dass der Betreiber radioaktiv belastete Salzlauge ohne Genehmigung und offenbar ohne Wissen des zuständigen



Umweltministeriums in einen unbelasteten Stollen des Salzstocks geleitet hatte. Bei Cäsium 137 war der Grenzwert bis zum Achtfachen, bei Tritium in der Vergangenheit um das 15-fache überschritten worden, scheinbar ohne dass das Ministerium informiert worden war. Die Linke und die Grünen im Landtag fordern seitdem einen Untersuchungsausschuss, die SPD wird sich wahrscheinlich demnächst anschließen. Fazit: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht, auch wenn er dann die Wahrheit spricht.

11. Die Grünen im niedersächsischen Landtag hegen den Verdacht, dass der Betreiber radioaktiv belastete Lauge mit nicht kontaminierter Flüssigkeit vermischt haben könnte, um Grenzwerte zu unterschreiten. Es sei nicht auszuschließen, dass "solcherart verpanschte Lauge" über einen längeren Zeitraum im Landkreis Celle verklappt worden sei, behauptete Fraktionschef Stefan Wenzel in einer Pressemitteilung. Leider wurde nicht mitgeteilt, worauf sich dieser "Verdacht" stützt.

12. Falls die Angaben des Betreibers über die radioaktive Belastung stimmen, gibt es für Höfer kein beunruhigendes Gefahrenpotenzial. Messungen im gefluteten Schacht würden schon überhaupt nichts bringen. Denn selbst für den Fall, dass in der angelieferten Salzlösung Grenzwerte überschritten worden sind: Durch die Vermischung mit 1,3 Millionen m³ Aschauwasser kommt man auf eine Verdünnung im Promillebereich.

13. Die Verwaltungsspitze des Landkreises Celle wie auch der Samtgemeindebürgermeister Eschedes, Günter Berg, und

der Gemeindebürgermeister, Michael Cruse, waren uninformiert und deshalb überrascht und verärgert. Kreisdezernent Gerald Höhl äußerte: "Ich würde erwarten, dass die Informationen auf dem normalen Dienstweg zu uns kommen."

14. In einem Gespräch mit Vertretern der von den Transporten betroffenen Landkreisen und Gemeinden sagte Staatssekretär Birkner am 15. August zu, dass zukünftig alle Laugen, die in Asse II aufträten, nach den verschärften Anforderungen des Atomrechts überprüft würden. (Also wurden sie bisher nicht nach scharfen Anforderungen geprüft?) Eine Überprüfung von zurückgestellten Transportproben wurde in die Wege geleitet.

15. Die Transporte nach Höfer waren schon im Juni im Zusammenhang mit der Cäsium-Belastung der anderen Zuflussquelle vom Umweltministerium untersagt worden. Da die Becken, in denen die einströmende Lauge aufgefangen wird, nicht mehr lange reichen, fordert man von Seiten des Helmholtz Zentrums eine schnelle Wiederaufnahme der Transporte.

16. "Was in der Asse passiert, ist nicht unser Problem. Uns interessiert, was hier in Höfer passiert", sagte der Bürgermeister Cruse auf der Gemeinderatssitzung am 18. August in Höfer. Mit Blick auf die Aufgaben des Gemeinderates hat er recht. Aber: Angesichts der Unmengen strahlenden Mülls, den die Atomenergienutzung als Hinterlassenschaft hervorgebracht hat, ist nichts mehr wie vorher. Es ist ein Problem für eine halbe Ewigkeit, und das nun geht jeden etwas an.

Drastische Gaspreiserhöhung, deshalb:

Der SVO den Geldhahn abdrehen



Zum 1. August hat die Stromversorgung Osthannover (SVO) die Gaspreise um 19,88 Prozent erhöht (= 1,27 Cent/kWh). Für einen durchschnittlichen Vier-Personen-Haushalt bringt das eine Mehrbelastung von gut 250 Euro im Jahr. Seit Januar 2005

haben sich in der Stadt Celle die Gaspreise um über 70 % erhöht. Diese Entwicklung bei den Heizkosten bringt viele Kunden dazu, sich zu wehren - und das (bisher) mit Erfolg.

Die von der SVO aufgetischte Begründung ist dünn. Schuld seien die "drastisch gestiegenen Einkaufskonditionen für Erdgas". Doch das ist nicht einmal die halbe Wahrheit. Es wird

verdient - und nicht zu knapp. Nur: Wer macht da eigentlich das Geld? Durch die Privatisierung der Stadtwerke zum Jahr 2000 ist das einigermaßen kompliziert. Die SVO ist eine GmbH; Anteilseigner sind die E.ON Avacon mit 64 %, der Landkreis Celle mit 18,8 %, der Landkreis Uelzen (der zum Versorgungsgebiet gehört) mit 13,2 % und der Wasserversorgungsverband im Landkreis Celle mit 4 %. Die E.ON Avacon als Hauptgesellschafter wiederum gehört zu knapp 65 % dem E.ON.Energie Konzern und zu knapp 35 % kommunalen Aktionären. Zu letzteren gehört auch die Stadt Celle, die durch die Privatisierung heute 930.899 Stückaktien der EON AG und 3.093.149 nennwertlose Stückaktien der Avacon AG hält. (Sie stockte durch die Privatisierung ein schon vorher vorhandenes Energieaktienpaket damit erheblich auf.) Die EON-Aktie stand im August übrigens bei etwa 39 Euro; das Aktienpaket der Stadt hat also aktuell einen Wert von gut 36 Millionen Eu-

ro. Die Aktie der Avacon AG ist mit 2 Euro geführt, das Paket also gut 6 Millionen Wert.

Interessant ist, was die Aktien abwerfen - 4,10 Euro schüttete die EON zuletzt pro dividendenberechtigter Stückaktie aus. Die Stadt wies in ihrem Haushalt für 2006 eine Gesamtdividende von rund 6,5 Millionen Euro, für 2007 von gut 4 Millionen Euro aus. Der Landkreis hatte Dividendeneinnahmen in Höhe von rund 2,4 Millionen Euro. Das sind nicht unerhebliche Beträge, die in der Summe in etwa die Größenordnung der jüngsten Preiserhöhung für die Celler Privatkunden abdecken.

Mit Energie lässt sich also Geld verdienen. Nur der Vollständigkeit halber: Der Konzernüberschuss der EON betrug 2007 5,1 Milliarden Euro; und die kleine Tochter Eon.Avacon erzielte im Geschäftsjahr 2007 einen Bilanzgewinn in Höhe von 100,6 Millionen Euro. Dazu lieferte dann auch die ganz kleine SVO ihren Beitrag; im Jahr 2006 wurde hier ein Überschuss von knapp 15 Millionen Euro erwirtschaftet.

Ein Knackpunkt liegt also zweifelsfrei in der Privatisierung. Darauf wies auch die CZ hin, als die zum Vergleich die im kommunalen Besitz befindlichen Stadtwerke Buxtehude heranzog. Dort zahlt die vierköpfige Durchschnittsfamilie 350 Euro im Jahr weniger als in Celle. Diese gewaltigen Differenzen haben übrigens auch das Bundeskartellamt veranlasst, gegen 35 Gasversorger zu ermitteln, weil der dringende Verdacht bestehe, dass es sich um eine missbräuchliche Ausnutzung der Marktstellung handele. (Eon.Avacon ist übrigens dabei, ob auch die SVO ist uns nicht bekannt.)

Und seit die Stadtwerke Celle und die SVO privatisiert sind, gehen öffentliche und kommunalpolitische Kontrollmöglichkeiten, geschweige denn eine Einflussnahme, gegen Null. Da hilft auch nichts, wenn etwa Oberbürgermeister Biermann im Aufsichtsrat der Avacon, und gemeinsam mit Landrat Wiswe und den Kommunalpolitikern Blindenhöfer und Joachim Schulze im Aufsichtsrat der SVO sitzen. Ein öffentlicher Beitrag zur Energiediskussion oder zur Preispolitik war von ihnen bisher nicht zu hören. (Und ob und was der OB an Aufsichts-

ratsvergütung bekommt, war in einer Zeitung bisher auch nicht zu lesen.)

Sparen mit der "Billigkeit"

Für die privaten Haushalte ist der Verkauf der kommunalen Energieversorgungsunternehmen eine kostspielige Angelegenheit geworden. Die Privatisierung in Celle wollte neben der CDU seinerzeit auch die SPD. Die vielbeschworene Liberalisierung des Energiemarktes hat in wenigen Jahren nahezu eine Monopolwirtschaft herbei geführt. Dass genau das den Verbrauchern aktuell einen Hebel zur Gegenwehr in die Hand gibt, ist dann aber fast schon wieder komisch.

Die Verweigerung der Zahlung der Preiserhöhungen scheint zu einer Art "Volkssport" zu werden. Der Bund der Energieverbraucher schätzt die Zahl der "Gaspreis-Boykotteure" auf 500.000. Der "Kniff", den die Verbraucherinitiative empfiehlt, stützt sich auf § 315 des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB). In den normalerweise für Haushalte üblichen Gas- und Stromlieferverträgen wird dem Versorgungsunternehmen das Recht eingeräumt, die Preise zu bestimmen. Für solche Verträge - in denen nur ein Vertragspartner das Recht hat, den Preis festzulegen - gilt jener Paragraph des BGB. Dieser besagt, dass der andere Vertragspartner (also hier der Verbraucher) ein Recht darauf hat, dass der Preis angemessen ist (die so genannte "Billigkeit"). Und noch wichtiger: Das muss auch nachgewiesen werden. Erst wenn ein Gericht feststellt, dass ein Preis angemessen ist, sind die Preisforderungen verbindlich und müssen gezahlt werden.

Wenn also eine Preiserhöhung erfolgt ist, können Energieverbraucherinnen unter Berufung auf den § 315 die Angemessenheit der Energiepreise anzweifeln und in der Folge die Energiekosten nur in der alten Höhe bezahlen. Ein Brief an das Versorgungsunternehmen, in dem man die "Billigkeit" des Preises anzweifelt, genügt dafür. Musterschreiben gibt es im Internet, ein kurz gehaltenes findet sich im nebenstehenden Kasten. Wer dem Versorgungsunternehmen eine Einzugsermächtigung erteilt hat, sollte diese außerdem zurücknehmen.

Warum funktioniert das? Die Versorgungsunternehmen sind nach dem §315 BGB eigentlich dazu verpflichtet, auf Verlangen ihre Preiskalkulation offenzulegen. Täten sie dies, müsste der geforderte Preis ohne Wenn und Aber gezahlt werden. Machen sie aber nicht ... (Denn dabei könnte ja z.B. herauskommen, warum die SVO so viel teurer ist als die Stadtwerke Buxtehude.)

Stattdessen wird versucht, die Verbraucherinnen mit falschen Behauptungen einzuschüchtern. Zuletzt verschickte die SVO Schreiben, in denen behauptet wurde, der § 315 BGB könne keine Anwendung finden, "da Sie ... beim Erdgas ... die Wahl zwischen verschiedenen Anbietern haben". Und: "Wenn Sie nicht bereit sind, die Preise der SVO für Erdgas zu bezahlen, sollten Sie sich ... nach einem anderen Anbieter umsehen, dessen Preisgestaltung Ihren Vorstel-



lungen eher entspricht." Ein schlechter Witz: Die einzige "Alternative" wäre der Anbieter "E wie einfach", der auch zur großen EON-Familie gehört. Sein Angebot besteht darin, jeden lokalen Versorger um 0,24 Cent pro Kilowattstunde im Preisvergleich bei gleichem Grundpreis zu unterbieten. Ein Vierpersonen-Haushalt könnte rund 50 Euro im Jahr sparen. Diese "Einsparung" würde aber auf der anderen Seite dadurch aufgefressen, dass die SVO jenen, die bei ihr Strom und Gas beziehen einen "Kombi-Rabatt" gewährt. Dabei erhält man für jede verbrauchte Kilowattstunde Erdgas einen Rabatt von 0,15 Cent. Das würde bei einem Wechsel entfallen.

Beim "Gaspreis-Streik" gibt es jetzt ein kleines logistisches Problem: Da die Preiserhöhung zum 1. August erfolgt, bekommen die VerbraucherInnen sie zunächst einmal gar nicht mit. Es sei denn, sie erhöhen die monatliche Abschlagszahlung. Daran sollte man nicht rütteln, sondern der SVO zunächst einmal mitteilen, dass man diese Erhöhung nicht akzeptiert. Einzugsermächtigungen sollten zurückgenommen werden. Und dann wird's mit der Jahresabrechnung spannend: In der Regel dürfte ein Nachzahlungsbetrag anfallen. Der ist gegliedert in die Zahlungen vor und nach der Erhöhung. Von dem nach dem 1.8.2008 angefallenen Betrag sollte man dann 19,88 % abziehen und eben nur den Rest bezahlen.

Angst vor einer Sperrung der Gaszufuhr braucht dabei niemand zu haben. Denn der Gasversorger darf nach der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (BGH Urteil vom 30.4.2003, Aktenzeichen VIII ZR 279/02) die Versorgung weder einstellen, noch damit drohen. Denn damit könnte der Versorger das Recht der VerbraucherInnen auf die "Billigkeit" der Preisfestsetzung aushebeln.

Energiepolitik rekommunalisieren

Seit zehn Jahren ist das neue Energiewirtschaftsgesetz in Kraft. Zunächst wurde der Strommarkt liberalisiert und seit 2004 auch die Gasversorgung. Bis 1998 waren die Versorgungsgebiete klar abgesteckt, wobei viele Kommunen eigene Energieversorgungsunternehmen betrieben. Diese Gebietsmonopole wurden mit dem Energiewirtschaftsgesetz aufgehoben. Kleinere Versorger, wie eben auch Stadtwerke Celle und SVO, befürchteten, dem entstehenden Konkurrenzdruck nicht standhalten zu können. Deshalb wurde privatisiert. Mit der Folge einer enormen Konzentration. Heute sind es im Wesentlichen nur noch vier große Unternehmen, die Gas und Strom liefern: RWE, E.ON, EnBW, Vattenfall. Und das hat nicht nur Einfluss auf die Preis-, sondern auch auf die Energiepolitik. Die Macht dieser Energiekonzerne ist in der gerade laufenden Debatte um eine Zukunft der Atomenergie abzulesen.

Privatwirtschaftlich geht's nicht ums Leben, sondern nur um die Dividende. Angesichts der Gefahren der Klimaerwärmung und des Risikos der Atomenergie steht deshalb eigentlich eine Verstaatlichung der Energiewirtschaft auf der Tagesordnung. Das wird's in naher Zukunft jedoch nicht geben. In der gesellschaftlichen Diskussion aber sind: anders (regenerative Energien), besser (Energieeffizienz) und weniger (Suffizienz), d.h. eine andere Vorstellung vom "guten Leben". Hier müsste die Suche nach kommunalpolitischen Hebeln ansetzen. Was kann

das heißen? Aus dieser Perspektive sind alle gegenwärtig gepriesenen Celler "Lechturmprojekte" wie Schlosshofüberdachung, Marina auf der Allerinsel, Einkaufsgalerie usw. falsche Schwerpunktsetzungen. Wenn man schon die Stadtwerke nicht zurückkaufen kann, sollte man über den Verkauf von Aktien oder die Dividendengewinne dezentrale Projekte der Energieerzeugung angehen - z.B. durch städtische Photovoltaikanlagen. Man sollte großzügig in eine kommunale Effizienzberatung einsteigen. Und man sollte Modelle z.B. zur Minimierung des PKW-Individualverkehrs entwickeln (besserer ÖPNV, "Vorfahrt" für Radfahrer und Fußgänger).

Mehr zur Boykottkampagne z.B. unter www.energieverbraucher.de Für spezielle Celler Fragen kann mensch sich wenden an kontakt@renate-stoebe.de von der Protestinitiative Flotwedel-Celle.

SVO-Energie GmbH
Sprengerstraße 2
29223 Celle

Kundennummer: _____

Preiserhöhung von Erdgas zum 01.08.08

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich nehme Bezug auf Ihr Zahlungsverlangen und bitte zunächst um Mitteilung, woraus Sie die behauptete Berechtigung zur einseitigen Preisfestsetzung herleiten. Sollten Sie zu einer einseitigen Preisfestsetzung berechtigt sein, bindet mich eine solche nicht, solange die Angemessenheit Ihrer jeweiligen Preisforderung nicht von mir anerkannt oder von dem zuständigen Gericht rechtskräftig festgestellt wurde.

Ich berufe mich insoweit auf § 315 BGB. Dies gilt in gleicher Weise für künftig mitgeteilte (erneut erhöhte) Preise. Bitte weisen Sie mir die Erforderlichkeit und die Angemessenheit Ihrer Preisforderung durch eine nachvollziehbare und prüffähige Offenlegung Ihrer Kalkulationsgrundlage nach.

Weil der Einwand der Unbilligkeit die Nichtfälligkeit des Anspruchs zur Folge hat, möchten Sie bitte von Mahnungen, Sperrandrohungen etc. absehen. Wegen der Erhebung des Unbilligkeitseinwands fehlt es an einer fälligen Forderung. Die Androhung der Versorger Sperre ist auch nach § 17, Abs. 1 GasGW und StromGW unzulässig und möglicherweise sogar strafbar.

Guthaben aus etwaigen anderen Versorgungsverträgen sind mir in voller Höhe auszuführen. Eine etwa geschuldete Nachzahlung werde ich von mir aus bewirken. Einer Aufrechnung Ihrerseits widerspreche ich gemäß § 366, Abs. 1, BGB

Bis der billige Preis feststeht, zahle ich unter Vorbehalt nur den bis zum 31.07.2008 von Ihnen verlangten Preis. Gleichzeitig widerrufe ich die Ihnen erteilte Einzugsermächtigung.

"... Sprachrohr des linken Spektrums werden ..."



Das Kreistags- und Stadtratsmitglied Wolf Wallat hat die Partei und die jeweiligen SPD-Fraktionen verlassen und will gemeinsam mit Andreas Hauptmeyer (BSG) eine neue Fraktion gegründet. Damit dürfte es künftig eine Politik der "Linken" in den Kommunalparlamenten geben, die viele Themen abdeckt und - hoffentlich - eine entschiedene Opposition gegen den neoliberalen Kurs vor Ort bildet. Wir führten mit beiden ein kurzes Interview.

Wolf Wallat, wer Sie zuletzt bei Stadtrats- oder Kreistagssitzungen erlebt hat, hatte schon den Eindruck, dass da mehr Frust als Lust ist. Wie kam's? Wo liegen die inhaltlichen Differenzen zur aktuellen Politik der SPD-Fraktionen oder auch zur Linie der Gesamtpartei?

WW: Eigentlich ging meine Unzufriedenheit los mit der Entwicklung Hartz IV. Ich hatte nichts gegen sozial ausgewogene Veränderungen, aber das schien mir doch von Anfang an nicht ausgeglichen. Ich hatte meinen Blick auf die Menschen gerichtet, die zu den Verlierern der Hartz-Reform gehörten. Das zweite war das Thema Globalisierung. Es wird zu oft als Ausrede verfehlter Wirtschaftspolitik benutzt. Und natürlich auch die konturlose Oppositionspolitik der Celler SPD. Anlehnen an Macht ohne die Chance, selbst etwas zu gestalten. Das ist mir zu wenig.

In etlichen kommunalen Politikfeldern hat "die Linke" vor Ort nicht unbedingt gefestigte Positionen. Man hört wenig zu Fragen wie Innenstadtentwicklung, Ökologie, Ostumgehung; Andreas hat sich aus verständlichen Gründen als "Einzelkämpfer" fast ausschließlich auf die Sozialpolitik fokussiert. Was kann und will ein ehemaliger Sozialdemokrat da an Ideen und Erfahrung in die neue Fraktion einbringen?

WW: Man darf meiner Ansicht nach ein Politikfeld nicht isoliert betrachten, auch wenn es noch so elementar ist. Mein Stil ist es, auf Grundlage eines allgemeinen Programms - in dem wir uns wiederfinden - zu Entscheidungen für alle Politikfelder zu gelangen. Z.B. hängt - auch lokal - Sozialpolitik mit Steuer- und Wirtschaftspolitik zusammen, oder regionale Kulturpolitik muss auch für Hartz IV Empfänger möglich sein. Gerade als Parteivorsitzender musste ich Generalist sein. Hier liegen meine Erfahrungsschwerpunkte.

Andreas, du bist ja, wie wir wissen, vorsichtig an das

Projekt "gemeinsame Fraktion" herangegangen und hast dich mit vielen Leuten innerhalb und außerhalb der Partei unterhalten. Warum meinst Du, dass das klappen kann? Welche Vorteile kann diese Konstellation für die oppositionellen Kräfte in Celle bringen?

AH: Gegenfrage: Wer hat bisher die Interessen der linken Kräfte im Stadtrat oder Kreistag vertreten und was hat sich vorher bewegt? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Sprachrohr des linken Spektrums in Celle von allen Parteien ernstgenommen werden. Sprachrohr in dem Sinne, dass wir zusammen mit allen linken Kräften so etwas wie einen Meinungsbildungsprozess anstreben, Anträge formulieren und letztendlich Öffentlichkeit und Transparenz schaffen.

Es ist ja unter anderem Deinem Engagement zu verdanken, dass die skandalöse Umsetzung von Hartz IV vor Ort überhaupt zu einer kommunalpolitischen Frage geworden ist. Was sind da eigentlich die nächsten Projekte?

AH: Die Kreisverwaltung hat sich zuletzt in der Frage der Mieten und Heizkosten bewegt und scheint endlich die Sozialgerichtsurlteile anerkennen zu wollen. Wichtig ist aktuell, dass das auch rückwirkend Gültigkeit erhält. Das Problem mit den Schulmaterialien ist weiterhin nicht gelöst. In der Frage der Strom- und Gassperren durch die SVO wollen wir, dass eine Art Puffer zwischengeschaltet wird, also ein Sozialarbeiter sich grundsätzlich die Situation vor Ort anschaut und nach Lösungen sucht. Und schließlich will die Verwaltungsspitze im Landkreis mittelfristig die Aufgaben der Agentur für Arbeit übernehmen. Aus meiner Sicht ein falscher Weg. Der Landkreis hat bei den "Kosten der Unterkunft" drei Jahre lang gezeigt, dass er's nicht kann und auf Kosten der Betroffenen agiert.

Noch eine Frage an Wolf Wallat: Gab es schon Reaktionen von Seiten der ehemaligen GenossInnen? Wird jemand Ihrem Weg folgen? Und wie, meinen Sie, wird die SPD-Fraktionen, aber auch die anderen, reagieren?

WW: Im Wesentlichen kann ich zwei Richtungen wahrnehmen: Zum einen Enttäuschung über meine Trennung zur SPD und damit auch eine gewisse Trennung zu Weggenossen. Zum anderen Respekt vor meiner Entscheidung und offenes Interesse an Zielen der Linken. Selbstverständlich werden Menschen aus und um die SPD in der nächsten Zeit den Weg in eine linke Partei wählen, ob als Wähler oder als Mitglied. - Die Bürgerlichen werden so reagieren, dass "Die Linke" so

wenig wie möglich demokratische Teilhabe bekommt. Deshalb müssen wir Basisarbeit leisten, um bei der nächsten Kommunalwahl ein breites Spektrum an Kandidatinnen und Kandidaten zu erhalten, um dann mit anderen Mehrheiten in den Parlamenten agieren zu können. Darauf freue ich mich schon.

Wolf Wallat gehört dem Celler Stadtrat gehört er seit zwei Wahlperioden an; er war von 2003 bis 2007 Unterbezirksvorsitzender der SPD. Zu den letzten Landtagswahlen strebte er eine Kandidatur für die SPD an. Als dies scheiterte, trat er von seinem Amt als Unterbezirksvorsitzender zurück. - Andreas Hauptmeyer hatte in Celle die WASG mitgegründet und als engagierter Hartz IV-Gegner 2006 mit dem "Bündnis Soziale Gerechtigkeit" (BSG) einen Sitz im Celler Stadtrat errungen. Als Nachrücker ist er seit gut einem Jahr auch Kreistagsmitglied für das BSG.

Als Fraktion "Die Linke"/BSG werden sie künftig mit mehr Rechten und mehr Gewicht in Stadtrat und Kreistag vertreten sein.



Wolf Wallat in der Linken

Wolf Wallat ist aus der SPD in die Linke übergetreten. Er ist nicht der erste Sozialdemokrat und wird höchstwahrscheinlich nicht der Letzte sein. Für uns die Linke eher "business as usual". Für Wolf Wallat sicher nicht. Er war 37 Jahre Sozialdemokrat, davon noch ca. 5 Jahre nach der Agenda 2010. Er hat in und durch die SPD eine gewisse lokale Prominenz erreicht. Zuletzt, zu oft in Opposition zum Mainstream der SPD. Es ist nachvollziehbar, dass der Übertritt für ihn nicht einfach war. Jede kleine Tendenz, jede kleine Aussage, dass die SPD ihr soziales Profil wieder ändern würde, gab Hoffnung auf eine Wende. Aber die Hoffnung, sie stirbt bekanntlich zuletzt, für Wolf Wallat ist sie nun tot. Er ist jetzt in der Linken, einer von vielen ehemaligen Sozialdemokraten.

Was bedeutet dies für uns in der Linken?

Nun - es bedeutet erst einmal soviel, dass in dieser Partei auch Platz ist für sozialdemokratische Vorstellungen, wie sie beim Eintritt von Wolf Wallat in den Siebzigern in der SPD mehrheitsfähig waren. Mehr Demokratie in der Partei und in der Gesellschaft, mehr Arbeitnehmerrechte, mehr sozialer Ausgleich, etc. sind auch Zielvorstellungen der Linken. Insofern findet er seine alte Heimat wieder.

Nur das allein, das muss klar sein, kann es nicht sein. Wäre der Weg der SPD damals richtig und vollständig gewesen, wäre Wolf Wallat jetzt nicht in der Linken. Ja, es gäbe die gar nicht. Deshalb darf die Linke, bei Gefahr des Existenzverlustes, nicht zu einer Art SPD ohne Agenda 2010, zu einer SPD light mutieren. Sie darf auch nicht zu einer grü-

nen Partei, wieder mit Paxe und Öko werden. Sie muss das auch sein - aber eben nur auch.

Allen, die zu uns stoßen, muss klar sein, dass diese Partei kapitalismuskritisch ist und systemtranszendierende Ziele hat. Welcher Weg zu deren Erreichung auch immer eingeschlagen wird.

Wenn es richtig ist, was die marxistischen Hochschullehrer sagen, dass die neoliberale Hegemonie gebrochen ist Vorgänge in Lateinamerika, das Scheitern der WTO und Privatisierungsablehnung hier bei uns weisen darauf hin, dass diese Analyse stimmt, dann kommt es darauf an, an die Stelle neoliberaler Hegemonie, eine Hegemonie linker Vorstellungen zu setzen. Das wird schwer genug. Einen Versuch ist es immerhin wert. Ganz aussichtslos ist es aber auch nicht.

Die Krux der SPD ist nicht die von ihren Funktionären immer beschworene Globalisierung, sondern die Antwort darauf, dass die Menschen diese Form von Globalisierung immer mehr ablehnen.

Wir, in der Linken, geben darauf Antworten.

Für Wolf Wallat kommt es darauf an, an diesen Antworten mit zu formulieren. Tut er dies, ist die Linke seine neue Heimat.

Volker Petran

Volker Petran, Mitglied im Celler Kreisvorstand "Die Linke", schickte uns diesen Kommentar, den wir der Leserschaft zur Kenntnis bringen.

Die Hausbesetzung im Jahr 1981



Ein Slogan der Hausbesetzerbewegung der frühen 1980er Jahre wirkt heute merkwürdig anachronistisch: "Lieber leerstehende Häuser besetzen als fremde Länder." Damals war der Spruch gewandt gegen die Eltern- und Großelterngeneration, deren Kritik an den Hausbesetzungen so elegant mit dem Hinweis auf die

Naziverbrechen zurückgewiesen werden konnte. In der Hochzeit der Bewegung lebten einige Tausend, zumeist junge Menschen "illegal" in besetzten Häusern; mit Sicherheit waren es mehr, als sich heute wieder in Bundeswehruniform in fremden Ländern rumtreiben. So wie es heute nicht so ungewöhnlich ist, jemanden zu kennen, der als Besatzer schon durch Kabul gestreift ist, hatten seinerzeit viele Jugendliche Bekannte, die in besetzten Häusern lebten oder zumindest mal in einem übernachtet hatten.

Überraschend war es also nicht, dass Ende Mai 1981 auch in Celle eine Hausbesetzung stattfand. Überraschend war vielleicht der martialische Polizeieinsatz, der sie beendete - und kurios, dass und warum sie keine Schlagzeilen machte.

Seit drei Jahren standen vier alte Fachwerkhäuser "Am Heiligen Kreuz", also im Herzen der Altstadt leer. Sie gehörten der Stadt, die aber weder ein Interesse an Vermietung, noch an Renovierung erkennen ließ. Auch andere Verwendungsoptionen waren öffentlich nicht bekannt. Dass es sich um die seinerzeit übliche Praxis "Leerstand - Niedergang - Abriss - Neubau durch Investoren" handelte, konnte vermutet werden.

Als Skandal konnte man es schon empfinden, dass die Stadt ein kleines Fachwerkensemble verrotten ließ. Auf der anderen Seite gab es einen enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt: Billig waren Wohnungen kaum zu bekommen, und für Wohngemeinschaften oder auch nur unverheiratete Paare schon gar nicht.

"Zimmer frei!!
1. Hausbesetzung in Celle

Seit dem 27.5. wird in Celle das Haus "Heiliges Kreuz 12" instandbesetzt.

Dieses Haus, das der Stadt Celle gehört, steht bereits seit 3 (drei) Jahren leer, obwohl es in einem guten Zustand ist.

Gleichzeitig suchen hunderte Celler eine Wohnung.

Darum haben wir diese Initiative ergriffen. Wir brauchen eure UNTERSTÜTZUNG!!!!!!!

Besucht das besetzte Haus.

Informationsveranstaltung: Freitag, 29.5., 18.00 Uhr im Haus.

Die Besetzer

Vi.S.d.P.: Die Zustände"

Mit diesem knappen Kommuniqué informierte die kleine Hausbesetzergruppe die "Szene", die entgegen des üblichen Tratsches tatsächlich vorher mal nichts von der geplanten Aktion mitbekommen hatte. Aber noch bevor die "Zimmer frei"-Werbung ihre Wirkung richtig entfalten konnte, stand am Freitag morgen die Polizei vor der Tür. Auf die Frage eines Besetzers nach einer irgendwie gearteten Legitimation wurde ihm von einem Polizisten die Faust gezeigt: "Das ist unsere Räumungsverfügung". Die am frühen Morgen noch anwesenden vier Besetzer verließen das Haus "kampflos" und unter Abgabe ihrer Personalien. Die Stadt machte sich gleich an eine besondere Art der Stadtverschönerung: Im Erdgeschoss wurden die Fenster der leerstehenden Häuser wurden mit Spanplatten zugenagelt.

Am selben Abend gab es eine Spontandemonstration (d.h. unangemeldet) durch die Innenstadt mit vielleicht 50 TeilnehmerInnen, von denen etwa die Hälfte das Haus gegen 19 Uhr erneut besetzte. Noch während in Hannover eine Druckmaschine lief, um am kommenden Tag die Bevölkerung zu informieren, setzte sich die Räumungsmaschinerie erneut in Gang. Vor und hinter dem Haus bauten sich rund 130 Polizisten in schwerer Montur auf - ein für den Charakter der Besetzung und das kleinstädtische Umfeld dann doch martialischer Aufzug, der seine Wirkung nicht verfehlte.

In der Schülerzeitung "Schlemihl" fand sich später folgende Tagebuchnotiz:

"das erste mal in einem besetzten haus. Die häuser sind zum heulen schön. Ein verwinkelter bau, eine architektur ... du hebst ab. Der schrei 'die bullen kommen' schmeißt dich auf den boden zurück. Hektik bis zur zerreißgrenze. Jetzt bloß schnell raus. Draußen fahren schon die hundertschaften auf. Sehr matschiges gefühl, weil du lieber drinnen und draußen zugleich bist. Doch endlich - denkst du - ist die letzte mauer überwunden. Doch dann, bei den ersten begegnungen, bricht die woge der wut über dich herein. Die brauchen dich - doch du bist nicht da. Wärs du doch dringeblichen! Doch jetzt gibt es kein zurück mehr. Der polizeistaat fährt auf. Sie drängen dich von der mauer weg. Noch singt Tina. Bald schalten sie den lichtmast ein. Rammgeräusche. Jetzt ist es endgültig zu spät. Du fühlst dich elend. Schock! Die fahrräder müssen gesichert werden. Als das getan ist, erfährst du auf der anderen seite von einem ultimatum. Wieder herum, steht fest: Die

lassen denen drinnen keine zeit, herauszukommen. Ein fotograf soll abgedrängt werden. Zeugen sind nicht gefragt. Endlich! Die besetzer kommen. Doch lange währt das spießrutenlaufen. L. kommt als erster raus. Jubelgeschrei! Dann die anderen. Unverletzt, zum glück. Doch einige werden abgeführt. Scheiße." (aus: Schlemihl, Nr. 8, S. 34)

Die Stadt hatte mit dieser erneuten Besetzung nicht gerechnet; diesmal allerdings hatte die Staatsgewalt eine "Räumungsverfügung" dabei:

"Sie haben sich widerrechtlich in den Besitz der in städt. Eigentum befindlichen Häuser Am Heiligen Kreuz 11, 12 und 13 gesetzt. Hiermit werden sie aufgefordert, die von Ihnen besetzten Häuser Am Heiligen Kreuz 11, 12 u. 13 sofort zu räumen.

Für den Fall, dass sie dieser Aufforderung nicht innerhalb von 15 Minuten Folge leisten, wird die Polizei die Räumung zwangsweise durchführen.

In Vertretung:
[Unterschrift]"

Ein merkwürdiges Dokument: Weder ist es auf Briefpapier der Stadt geschrieben, hat also im eigentlichen Sinne keinen Briefkopf, noch ist die Unterschrift auch nur im entferntesten leserlich. Die Räumung selbst beschrieben die Besetzer in einem Flugblatt "20 Hausbesetzer - 120 Polizisten" so:

"Um 23 Uhr trafen die ersten Mannschaftswagen ein. Wir waren uns einig, daß die Aktion von unserer Seite aus gewaltfrei verlaufen sollte. (Was auch so blieb.) Nachdem die Polizei nicht bereit war, uns nach vorne (Heiliges Kreuz) räumen zu lassen, setzten wir uns eingehakt in einen Raum des Hauses. In wenigen Minuten waren sie oben. Sie sicherten uns zu, daß wir geschlossen hinunter gehen könnten. Das wurde jedoch nicht eingehalten. Wer den Nachbarn nicht loslassen wollte, bekam Knüppelschläge auf die Hände. Jeder Polizist war ausgerüstet mit Schild, Pistole und Schlagstock. 3 Hunde waren mit eingesetzt. Der Nordwall und das Heilige Kreuz waren abgeriegelt worden. Glücklicherweise waren viele Celler Bürger und Sympathisanten auf der Straße, die vielleicht durch ihre Anwesenheit ein brutaleres Vorgehen der Polizei verhindert haben."

Den Samstag nutzte die dann schon 50, 60 Leute zählende Bewegung zunächst zur Verteilung von Flugblättern. Und dabei ging es nicht nur darum, die eigene Sicht der Dinge darzustellen, sondern überhaupt die Öffentlichkeit zu informieren. Denn, wer in jenen Tagen die Cellesche Zeitung aufschlug, erfuhr vielleicht etwa über eine "Flug-Demonstration der Heeresflieger", nichts aber über die Hausbesetzung und den Polizeieinsatz. Im Hause Pfingsten hatte man sich auf die Linie festgelegt: Kein Wort über das Geschehen. (Woran sich - man möge uns korrigieren - bis heute nichts geändert hat.)

Aufgerufen wurde zu einem abendlichen Meeting vor den Häusern. Daraus entwickelte sich so etwas wie Celles erste "Reclaim The Street"-Party mit anschließender nächtlicher

Spontandemo. Trotz des friedlichen Verlaufs wurden fünf Personen festgenommen, allerdings schnell wieder frei gelassen, nachdem rund 50 Leute protestierend vor dem Polizeigebäude versammelt hatte.

Am Samstag, den 6. Juni, demonstrierten rund 150 TeilnehmerInnen solidarisch mit den Hausbesetzern und "gegen Wohnraumzerstörung und Mietwucher" durch die Altstadt. Von einem uneingeschränkten Demonstrationsrecht hielt man in Celles Verwaltungsspitze schon seinerzeit nicht viel. Hier nur eine kurze Passage:

"Der Aufzug darf nur aus einer Dreierkolonne bestehen. Es ist ein zusammenhängender Marschblock zu bilden, der stets in Fahrtrichtung die rechte Straßenseite zu benutzen hat und sich ständig im Schrittempo bewegen muß. Größere Pausen sind während des Marsches nicht erlaubt. (...) Bei mitgeführten Transparenten darf deren Breite die Breite des Aufzuges nicht überschreiten."

Weder der beantragte Beginn auf dem Großer Plan, noch eine Schlusskundgebung am Ort des Geschehens sollte erlaubt werden. Die gesamte Fußgängerzone sollte gemieden und die Demonstration auf dem Magnusstraßenparkplatz beendet werden. Wie der von dem Anmelder eingeschaltete Rechtsanwalt in seiner Begründung schrieb, zeigte sich darin die Absicht der Stadt, "den - ihr unliebsamen - Zweck der Demonstration zu be- bzw. verhindern." Das Verwaltungsgericht Lüneburg erteilte der Stadt in großen Teilen eine Abfuhr: Die beantragte Route wurde bestätigt, die Beschränkung auf "Dreierkolonnen" außer Kraft gesetzt, die Abschlusskundgebung wurde für den Kleinen Plan (immerhin noch im Nahbereich der umstrittenen Objekte) zugelassen.

"Gebt die Häuser her, sie steh'n zu lange leer!" oder "Mietwucher in dieser Stadt, das haben wir endgültig satt!" lauteten die Sprechchöre der bunten und lauten Demonstration. Mit dem Aufrufflugblatt wie mit den Redebeiträgen auf der Abschlusskundgebung wurde die direkte Aktion der Hausbestzungen in einen politischen Zusammenhang gestellt. Im Flugblatt ist u.a. zu lesen:

"Die Wohnungssituation von Menschen ist heute gekennzeichnet durch eine immer größer werdende Wohnungsnot, Vermieterwillkür und Maklerunwesen, die mit der Not der Mieter Millionen erpressen. Auch in Celle wird Wohnraum vernichtet, Menschen werden aus der Innenstadt vertrieben, das Celler Stadtbild wird zerstört. Die Celler Innenstadt gleicht mehr und mehr einer Verkaufsbahn. '2000 Celler sind auf Wohnungssuche. Aber sie wollen und können keine hohen Mieten bezahlen.' Das meldete der >Celler Markt< am 24. April 81. Über 400 wußten keinen anderen Weg mehr, sie mussten sich bei der Wohnungsfürsorgegesellschaft eintragen. Besonders betroffen sind: kinderreiche Familien, Arbeitslose, Familien mit geringem Einkommen, Ausländer, Wohngemeinschaften und Jugendliche. Die Hausbesitzer und Wohnungsbaugesellschaften erpressen die Mieter mit unsozialen Vertragsbedingungen. Neben immer höheren Mieten und Nebenkosten fordern sie insbesondere den Abbau des Kündigungsschutzes für Mieter, was die Mieter zum Freiwild



Transparente hängen an den nach der Besetzung zugebretterten Häuser .

macht. Miete und Wohnungsbau wird dem scheinbar freien Markt überlassen. Durch die Wohnraumpolitik der Regierungen wird Spekulantentum unterstützt. Von daher ist es gerechtfertigt und zu begrüßen, wenn Mieter und Wohnungssuchende zur Selbsthilfe greifen."

Mit ihren Forderungen wandte sich die Demonstration direkt an die Stadt Celle:

"In Celle stehen viele Häuser leer, nicht nur das alte Talamini-Haus. Die Stadt Celle hat angesichts der herrschenden Wohnungsnot nicht das Recht, Wohnraum aus Spekulationsgründen verrotten zu lassen. Damit den Stadtvätern endlich klar wird, dass das nicht länger geduldet wird, rufen wir unter folgenden Forderungen zur Demonstration auf:

- Schluss mit Wohnraumzerstörung und Mietwucher
- Keine Strafanzeigen gegen die Besetzer
- Öffentliche Stellungnahme der Stadt zu ihren Plänen mit den Häusern
- Abschluss von Mietverträgen mit den Besetzern unter Übernahme der Instandsetzungskosten durch die Stadt."

Partei ergriffen hatte inzwischen das gerade frisch gegründete Anzeigenblatt "Celler Mittwoch" zu der Überschrift "Das Schweigen zu Pfingsten. Hausbesetzung geht zu Lasten der Stadt Celle!". Im Artikel ergriff Klaus Tänzer Partei für die Besetzer:

"Daß auch Söhne von Celler >Würdenträgern< (vom Geistlichen bis zum kommunalen Top-Beamten) an der friedlichen Besetzung beteiligt waren, läßt einmal mehr erkennen, wie sehr es hier um Themen geht, die der Erörterung bedürfen. Wenn in Celle [...] echte Wohnungsnot herrscht und Jugendliche dieses Problem öffentlich machen, dann muß man mit diesen jungen Menschen sprechen, statt sie lediglich mit Hausfriedensbruchanzeigen zu konfrontieren." (Celler Mittwoch, 03.06.1981)

Die Cellesche Zeitung reagierte dann doch - gewisserma-

ßen für die Verantwortlichen. Am Tag der Demonstration berichtete man unter der doppeldeutigen Überschrift "Am Heiligen Kreuz tut sich was" über die - wie es hieß - lange schon laufenden Vorbereitungen zum Verkauf der Häuser. Die Stadt habe sie ursprünglich erworben, um für den möglichen Investor "Horten" Fläche in der Altstadt vorhalten zu können. Der anstelle dessen gekommene "C & A"-Konzern habe dann nur geringere räumliche Ansprüche gehabt. Grundsätzlich sei man sich im Stadtrat einig, dass die Häuser "in ihrer jetzigen Gestalt erhalten werden sollen, und zwar mit der Auflage, daß die unteren Räume zu Gewerbebezwecken, die oberen Räume zu Wohnungen nach den heutigen Modernisierungsaufgaben ausgebaut werden sollen." Ohne die Besetzung nur mit einem Wort zu erwähnen schloss der Artikel mit dem Satz: "Keinesfalls können irgendwelche Vorwürfe gegenüber der Stadt wegen der Unterhaltung der Häuser erhoben werden, denn es kann nicht von der Straße bestimmt werden, was der Rat nach sorgfältiger Überprüfung und genauer baulicher Abwägung für das Richtige im Interesse der Stadt hält." (CZ, 06.06.1981)

Von der Stadtverwaltung war zunächst keine Stellungnahme zu erhalten. Dass sich die Ratsfraktionen in unrühmlicher Weise daran beteiligten, jegliche öffentliche Diskussion zu unterdrücken, zeigt vielleicht am deutlichsten ein Schreiben des Chefs der SPD-Ratsfraktion, Klaus Meier, an die Besetzer:

"Ihr an den Rat gerichtetes Schreiben vom 2. d. M. ist in meinen Besitz gelangt. Namens meiner Fraktion nehme ich dazu wie folgt Stellung: Die darin aufgeworfenen Fragen kann ich teilweise nicht beantworten, weil die kommunalverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten (Gewaltenteilung) alle in bei der Stadtverwaltung liegen. (...) Im übrigen halte ich es für einen schlechten Stil rechtlich bedenkliche Aktionen zu starten und danach ultimative Fragen bzw. Forderungen zu stellen. Die umgekehrte Reihenfolge hätte ich für angemessener gehalten!"

Ketzerisch könnte man sagen, so hat's die Kriegsgeneration halt gelernt: Erst eine ultimative Forderung stellen und dann den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg beginnen. Nebenbei zeigt diese Antwort auch: Seinerzeit meinte man in der Provinz noch, auf Protest mit einer Gemeinschaftskunde-Lektion antworten zu können. - Gegenüber dem Celler Zündel äußerte er sich im Sommer zwar differenzierter, sah aber nach wie vor keinen Grund, die kommunale Wohnraumpolitik zu kritisieren. (Celler Zündel, September 1981, S. 6-7.)

Oberstadtdirektor Ulrich von Witten antwortete am 11. Juni auf eine Anfrage der Schülerzeitung "Virus", "daß über eine Nutzung städtischer Häuser nur durch die von der Bürgerschaft gewählten Ratsmitglieder in Zusammenarbeit mit der Verwaltung entschieden wird und nicht durch Diskussion mit der Straße." Und er hatte eine Antwort darauf, dass die Ratsfraktionen sich nicht rührten. Er könne sich denken, "daß die Fraktionen nicht mit Rechtsbrechern korrespondieren wollen." (GOOD-BYE SCHÖNE HEILE WELT. In:

Was auf Bewegungsebene folgte, blieb eher zahn. Recht erfolgreich wurde die Dimension der lokalen Wohnungsnot enthüllt: Auf eine gefakte Wohnungsanzeige meldeten sich an nur einem Samstag 113 Interessierte. (siehe "Telefonaktion der Hausbesetzer". In: Celler Zündel, August 1982, S. 10.) Bei der schnell abbröckelnden AktivistInnenzahl ging's dann bald nur noch um Anti-Repressionsarbeit.

Denn die Stadt Celle hatte gegen alle 27 Personen, die am 29.5. morgens und nachts geräumt wurden, Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) erstattet. Ein Jugendlicher wurde zu zwei Wochen Dauerarrest verurteilt, bei 24 weiteren wurden die Verfahren wegen Geringfügigkeit eingestellt. (Celler Zündel, November 1981, S. 18) Übrig blieben die Anklagen gegen zwei nicht mehr dem Jugendstrafrecht unterliegende Arbeiter. Der eine wurde am 21.01.1982 - gewissermaßen als "Rädelsführer" - zur Zahlung einer Geldstrafe in Höhe von 1200 DM (ersatzweise 80 Tage Gefängnis) verurteilt; der andere am 11.5.1982 zu 500 DM Geldstrafe (oder 20 Tagen Gefängnis). (Celler Zündel, Februar 1982, S. 4-5 und Juni 1982, S. 16.) Am 24. August 1982 wurde die Berufung abgewiesen. (Celler Zündel, September 1982, S. 10.) Als Reaktion gab es immerhin noch eine Scheinbesetzung leerstehender Häuser im Bremer Weg 135/36.

Bei der Durchsicht der Dokumente fällt auf, dass es Forderungen hinsichtlich alternativer Wohnformen gibt. Thematisiert wird zwar, dass WGs am Wohnungsmarkt die schlechtesten Karten haben, nirgends aber taucht z.B. eine Phantasie von dem gemeinsamen großen Wohnprojekt auf. Dies mag seinen Grund darin haben, dass es für die meisten Jugendlichen keine Perspektive war, in Celle zu bleiben. - Wichtiger war der Diskurs um "Privateigentum", die sich z.B. daran aufhängte, ob leerstehende Häuser überhaupt jemandes "Besitz" sein können; Motto: Die Häuser sollten jenen "gehören", die darin wohnen.

Rückblickend lässt sich feststellen, dass die zeitlich begrenzte Bewegung damals ein Problem aufgeworfen hat, das erst in den letzten Jahren in den kommunalpolitischen Chefetagen angekommen ist: Es wohnt kaum noch jemand in der historischen Altstadt. Genau das war ein Thema der Bewegung. Sie forderte Instandsetzung und Modernisierung, damit der Wohnraum in der Altstadt genutzt wird und attraktiv bleibt. Stattdessen läuft seitdem und fast ungebrochen der seinerzeit kritisierte Ausbau zur "Verkaufsrennbahn".

Kaum vorstellbar ist heute, mit welcher Arroganz bzw. Selbstunterwerfung seinerzeit die Parteien und die CZ der Linie der Verwaltungsspitze folgte, sich durch ein "Verbot" der öffentlichen Auseinandersetzung außerhalb jeder Kritik zu stellen. Die im März 1981 gestartete Alternativzeitung "Celler



Die Häuser "Am Heiligen Kreuz" heute .

Zündel" hatte damit zwar erstmals ein brisantes, fast "exklusives" Thema, mit gut 600 Exemplaren aber wohl nicht die Reichweite, um den erforderlichen öffentlichen Druck herzustellen.

Drei Jahre später fand die Aktion eine Erwähnung im SPIEGEL. Unter der Überschrift "Daten über Kinder, Greise und Frauen. Hochgeheimer Prüfbericht enthüllt die dubiosen Praktiken der MAD" wurde enthüllt, dass der "Militärische Abschirmdienst" eine unglaubliche Datensammelwut an den Tag legte - und so auch die Daten von sechs Personen aus dem Umfeld der Hausbesetzung gespeichert worden waren. Der SPIEGEL zitierte aus dem internen Prüfbericht des Bundesdatenschutzbeauftragten:

"Ein politischer Hintergrund oder eine Anstiftung der Hausbesetzung durch linksextremistische Kräfte wurde durch das 7. Kommissariat Celle nicht erkannt. Allerdings heißt es in der MAD-Bewertung: 'Unter Zugrundelegung der bisherigen Erfahrungen wird auch bei der Hausbesetzung in Celle vermutet, daß die Initiative von linksextremistischen Kräften ausgeht.' Insgesamt wurden sechs Personen aus diesem Vorgang gespeichert. Sie erhielten darüberhinaus Merkmale, die sie als Teilnehmer an einer Demonstration ausweisen, sowie als Mitglieder anarchistischer/terroristischer Gruppen. Die Merkmalspeicherung ist nach meiner Auffassung durch den vorliegenden Sachverhalt nicht gedeckt. Aber auch die Speicherung als Zersetzungsprozess ist ... nicht gerechtfertigt. Die Hausbesetzung hatte mit der Bundeswehr nichts zu tun." (SPIEGEL, 4/1984, S. 30.) Die kritisierte "Basisdatei Zersetzung" sei seit 1981 nicht weitergeführt worden und die im Prüfbericht erwähnten Personendaten mittlerweile gelöscht, erfuhr der SPIEGEL.

Natur oder Watt?

Die Propagandaoffensive der Energiekonzerne läuft auf Hochtouren: Die Atomenergie soll's richten - gegen den Klimawandel und gegen steigende Energiepreise. Ihnen geht's um steigende Gewinne, was eigentlich jedeR weiß. Aber mit winkenden Parteispenden und millionenschweren Werbeetat haben sie es binnen weniger Wochen geschafft, eine gefährliche Kampagne aufzuziehen. Ob das Endlager Asse (bei Wolfenbüttel) havariert, ob in Frankreich Flüsse radioaktiv verseucht werden oder in der Nähe deutscher AKWs die Kinderkrebsrate keinen Zweifel an der Gefährlichkeit von Atomanlagen lässt - langsam wird's eine Umfragemehrheit, die für die Bequemlichkeit ihrer Standby-Schaltungen scheinbar jedes Risiko in Kauf nimmt.

Die Anti-AKW- und Ökologiebewegung reagiert vor allem mit der Werbung für den "Stromwechsel". Der Umstieg kritischer KonsumentInnen auf Öko-Strom soll den Konzernen Wind ins Gesicht blasen und ihre Kartenhäuschen aus lauter Lügen einstürzen lassen. Doch der Markt ist unübersichtlich geworden. Selbst die Stromversorgung Osthannover (SVO), "unser" regionaler Versorger, bietet seit Juli ein neues Angebot: NaturWatt Strom oder NaturWatt StromPlus. Auch die SVO hat damit einen Wechsel vollzogen. In den letzten zehn Jahren arbeitete sie mit der Naturstrom AG zusammen, also einem der vier von der Aktion "Atomausstieg selber machen" aller großen Umweltverbände Deutschlands empfohlenen Ökostromanbieter. Das hat die SVO merkwürdigerweise nie wirksam "vermarktet"; das Interesse, dieses Angebot zu bewerben, schien nicht allzu groß zu sein. Jetzt kooperiert sie mit der EWE NaturWatt GmbH aus Oldenburg.

Diese GmbH handelt seit 1998 mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen wie Wind, Wasser und Sonne. Sie ist ein Tochterunternehmen der EWE AG. EWE steht für Weser-Ems-Elbe und beschreibt nicht nur die Versorgungsregion, sondern auch das Gebiet der 21 norddeutschen Kommunen, in deren Besitz die AG bis vor kurzem alleinig war. Im Juli aber wurde bekannt gegeben, dass die EnBW Energie Baden-Württemberg AG mit einer Beteiligung in Höhe von 26 Prozent eingestiegen ist. Und EnBW ist einer der vier Energie-"Monopolisten", und zuletzt unter anderem durch den Versuch aufgefallen, die Laufzeit des AKW Neckarwestheim 1 verlängern zu wollen.

Bitter für den Grünstromanbieter NaturWatt, der eigentlich einen guten Leumund hatte und im "EcoTopTen"-Ranking des Öko-Instituts Freiburg geführt wird. Und immerhin wird über den

Gesellschaftervertrag den bisher gut 2000 Kunden garantiert: "Gewinne werden nicht ausgeschüttet. Es ist vorgesehen, Gewinne zur Entwicklung und Förderung von Projekten, die die Forschung an bzw. den Bau und den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Strom und Wärme aus regenerativen Energiequellen zum Gegenstand haben, zu verwenden." Dass dabei bisher nur zwei kleine Photovoltaikanlagen mit rund 5 kW heraussprangen, trübt das Bild.

Das zentrale Problem der Stromwechsel-Strategie ist ein anderes. Aktuell haben die vier großen Ökostrom-Anbieter LichtBlick (400.000), Greenpeace Energy (80.000), EWS Schönau (68.000) und Naturstrom AG (22.000) zusammen nicht einmal 600.000 Kunden, rund drei Prozent aller Kunden. Da rund 14 Prozent des gesamten Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Energien stammt, ist die Ökostrom-Erzeugung weit größer als der Verbrauch. Selbst im sensibilisierten Wendland sind lediglich rund sechs Prozent, gut 1600 von 26.000 Haushalten, als Bezieher von Ökostrom gelistet.

Derzeit gibt es also (viel) weniger Ökostrom-Käufer, als Ökostrom ohnehin ins Netz gespeist wird. Solange das so ist, bewirkt das Umsteigen auf Ökostrom keine zusätzliche Ökostrom-Produktion. Das würde sich erst ändern, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt.

Der Bezug von Ökostrom führt zur Zeit lediglich dazu, dass der normale Strom des Energieversorgers rechnerisch weniger "grün" ist, da die ökologisch erzeugte Strommenge bereits extra an die "grünen" Verbraucher verkauft wurde. Durch den "Bezug" von Ökostrom wird zum Verbrauchszeitpunkt also kein zusätzlicher Ökostrom hergestellt. Ob mittelfristig ein Beitrag zur Energiewende geleistet wird, hängt deshalb von der Höhe und Verwendung des Preisaufschlags ab.

Unter den bundesweiten Anbietern ragen deshalb die "Elektrizitätswerke Schönau" und "Greenpeace energy" heraus. Die Bürger-Stadtwerke des Schwarzwaldortes Schönau investierten bislang in 450 Solarstromanlagen und zusätzlich in Blockheizkraftwerke. Die Greenpeace energy Genossenschaft förderte u.a. einen Windpark in Österreich. Dagegen schneidet der kundenstärkste Anbieter "Lichtblick"

Verbrauch	SVO Normal	NaturWatt	NaturWatt plus	Greenpeace Energy	EWS Schönau
1000	257,42	274,46	310,86	304,80	294,80
1500	356,43	378,51	433,11	403,80	400,80
2000	455,44	482,56	555,35	502,80	506,80
2500	554,44	586,61	677,61	601,80	612,80
3000	653,45	690,66	799,86	700,80	718,80
4000	851,47	898,76	1044,36	898,80	930,80
5000	1049,48	1106,86	1288,86	1096,80	1142,80

in dieser Hinsicht eher schlecht ab: Er verkauft einen großen Anteil Strom aus Wasserkraft, der auch ohne Ökostrom-Verkauf anfällt. Ein sowieso schon ökologisch erzeugter Anteil des Stroms wird gewissermaßen nur teurer an umweltbewusste Kunden verkauft. Der Atomstromanteil des Rests der Nicht-Öko-Strom-Kunden wird dadurch um so höher.

Das dürfte tendenziell auch die Krux bei den beiden von der SVO jetzt angebotenen Tarifen sein: NaturWatt Strom besteht zu 100 % aus Wasserenergie; NaturWatt Strom Plus aus 50 % Wasser, 49 % Wind und 1 % Solar. Beides also 100 % regenerativ und, wenn man es lax betrachtet, CO2 frei. Der Strom aus Wasserkraftanlagen wird aus jeweils zwei Anlagen in Norwegen (immerhin erst 2006 gebaut) und der Schweiz (ältere Anlagen) gekauft.

NaturWatt wirbt damit, "das günstigste Grünstromangebot in Deutschlands Norden" anzubieten. Das mag vielleicht so sein, aber im Vergleich mit EWS Schönau oder Greenpeace Energy relativiert sich dies (siehe Tabelle).

Insbesondere NaturWatt Strom Plus ist bei jedem Verbrauch teurer als EWS Schönau und Greenpeace Energy.

Einen finanziellen Haken allerdings darf man nicht übersehen: Die SVO gewährt den so genannten Kombi-Rabatt. Wer bei der SVO Strom und Gas bezieht, bekommt beim Gasverbrauch einen Rabatt - und zwar 0,15 Cent/kWh (ausführlich in revista Nr. 37, Dez. 2007). Beim durchschnittlichen Verbrauch eines Vier-Personen-Haushalts fällt ein Rabatt in Höhe von rund 50 Euro im Jahr weg. Wenn das nervt, der/die kann ja einen Boykott der letzten Gaspreiserhöhung in Erwägung ziehen oder dies beim Erdgas durch einen Wechsel zu "E - wie einfach" kompensieren (siehe Artikel hier im Heft).

Fazit: Der Stromwechsel ist zwar eine Demonstration für die Energiewende und gegen den Atomstrom. Keinesfalls aber führt er dazu, dass die Energiemonopole ihren Atomstrom nicht mehr los oder gar zu Investitionen in regenerative Energien gezwungen würden. Zu weit ist die Zahl der KundInnen entfernt von einer direkt umsetzbaren KonsumentInnenmacht. Aber selbstverständlich wird die Stimmung in der Bevölkerung in den Konzern- und Parteizentralen registriert. Und das ist vielleicht in diesen Zeiten nicht einmal so wenig.

LITERATUR

Fakten, Fakten, Fakten?

Rüggebergs Geschichte der Stadt Celle



"Der kühle und nüchterne Georg Wilhelm und die lebenslustige Prinzessin passten nicht zusammen." Einen derartigen Satz würde man vielleicht eher in der BILD-Hannover erwarten, wenn mal ein Sommerausflug nach Ahlden

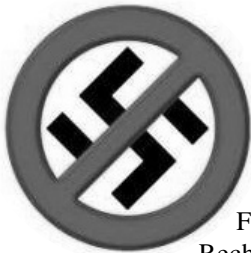
empfohlen wird - in einem neu erschienenen Buch mit dem Titel "Die Geschichte der Stadt Celle im Rahmen der Niedersächsischen Landesgeschichte" wirkt er etwas deplaziert. Aber in einer Hinsicht ist er typisch für das Buch von Helmut Rüggeberg. Wo er den "reinen" Charakter einer Chronik verlässt, ist's eine (einfühlende) Geschichte der feudalen Herrschaft. Arbeitende Menschen: Handwerker, Händler, Bauern und Arbeiter kommen in Rüggebergs Darstellung nur in der statistischen Größe der Einwohnerzahl vor. So beschränkt sich denn auch die Chronik auf eine teilweise kurios anmutende Abarbeitung eines Zettelkastens. So erfährt man z.B.: "1830 wurde die Holzbrücke über den Schlossgraben durch die heutige Brücke ersetzt." Dass 18 Jahre später eine bürgerliche Revolte - unter Beteiligung engagierter Celler Bürger - zu einem gewissen Modernisierungsschub auch im Königreich Hannover führte,

kommt bei Rüggeberg nicht vor. Man hat, um es mal zuge-spitzt zu sagen, nicht unbedingt den Eindruck, dass der Autor sich tatsächlich für Geschichte interessiert. Er ist ein Sammler von "Fakten, Fakten, Fakten", die sich dann schön chronologisch oder auch mal für die Entstehung und Veränderung gewisser Gebäude oder Institutionen ordnen lassen.

Vielleicht wollte er sich oder die Stadt ihrem Kulturpreisträger (1996) zum 80. Geburtstag ein Geschenk machen. Herausgeber ist das Bomann-Museum, gefördert wurde die Publikation durch die Volksbank und die Lüneburger Landschaft. Einen Gefallen hat man ihm damit nicht getan. Rüggeberg hatte in der Vergangenheit ja beachtliche Forschungsergebnisse auf den Feldern z.B. der regionalen Geldgeschichte oder kulturgeschichtlich zu Ofenplatten publiziert. Da hatten seine Sammlungen so etwas wie Quellenwert. Die vorliegende Sammlung von Daten trägt dagegen zum Verständnis von Geschichte wenig bei. Das immerhin lehrt Rüggebergs Buch.

Helmut Rüggeberg: Die Geschichte der Stadt Celle im Rahmen der Niedersächsischen Landesgeschichte. Herausgegeben vom Bomann-Museum Celle. Celle 2007. 148 Seiten. ISBN 978-3-925902-62-8. 12,00 Euro.

Widerstand auf dem Land



Die Sommersonnenwendfeier auf dem Hof des Nazis Joachim Nahtz wurde diese Jahr nicht widerspruchlos hingenommen. Die Antifaschistischen Aktionen Celle und Lüneburg/Uelzen sowie das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus entwickelten einige Aktivitäten, die sich prima ergänzten. So verteilte das Forum Anfang Juni breitflächig ein vierseitiges Flugblatt, in dem die bisherigen Aktivitäten der Escheder BürgerInnen gegen die örtlichen Naziaktivitäten aufgeführt wurden, verbunden mit dem Appell, es nicht dabei zu belassen, sondern weiter gegen die Vorgänge auf Hof Nahtz aktiv zu sein. In der folgenden Woche fand eine Veranstaltung des Forums in Scharnhorst bei Eschede statt mit zwei Pastoren, die sich vor gut zehn Jahren auch schon gegen das damalige Nazizentrum in Hetendorf stark gemacht hatten. Haupttenor der Referenten war, sich zusammen zu tun, also Bündnisse zu gründen, einen langen Atem haben, wenig Angst zu haben und schließlich auch noch, sich nicht auf Polizei und Justiz zu verlassen.

Dieser letzte Punkt sorgte für einige Diskussionsbeiträge. Dabei wurde überdeutlich, dass einige Escheder BürgerInnen der Zusammenhang zwischen Widerstand gegen Nazis und darauf folgender Repression völlig fremd ist. Das ist schlicht jenseits ihrer Lebenswirklichkeit und die Diskussion zeigte, dass ihr Bild von Antifas von spektakulären Medienberichten geprägt ist: Sie äußerten mehr Angst vor "vermummten und gewaltbereiten linken Demonstranten" als vor den Vorgängen auf dem Nazihof. Aber jenseits dieser immer wieder aufkommenden Debatte war auch ein großes Interesse der über vierzig Anwesenden an dem eigentlichen Thema der Veranstaltung selbst zu verzeichnen. Ganz nebenbei kam übrigens noch raus, dass die evangelische Kirche ein Grundstück an Nahtz verpachtet hat.

In derselben Woche fand dann noch in Celle eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Celle mit Andrea Röpke zum Thema "Heimattreue Deutsche Jugend" statt, zu der erfreulicherweise auch Leute aus Eschede / Scharnhorst kamen. Die Veranstaltung war auch sehr gut besucht und ausgesprochen interessant.

Am 21. Juni war dann schließlich die Demonstration der Antifaschistischen Aktionen

Celle und Lüneburg/Uelzen, unterstützt vom DGB und dem Celler Forum. Es gab im Vorfeld Auseinandersetzungen um die Demoroute. Skandalöser Weise wurde es den DemonstrantInnen nicht ermöglicht, an den Adressaten ihres Protestes, nämlich möglichst dicht an den Hof Nahtz, heran zu kommen. Die Demoroute führte letztlich durch das Dorf. Dort konnten zwar AnwohnerInnen auf das Problem Nahtz aufmerksam gemacht werden, was ja durchaus auch Sinn macht, aber es ist schon mehr als nur ärgerlich, nicht den Protest dahin tragen zu können, wo er hingehört!

An der Demonstration nahmen gut 200 Menschen teil, erfreulicherweise auch gut 80 BürgerInnen aus Eschede und Umgebung. Das ist schon deshalb hoch zu bewerten, weil im Vorfeld das Bild der gewaltbereiten Antifas immer wieder bemüht wurde. So begrüßte die SPD Eschede einen friedlichen Protest, verurteilte aber schon mal vorweg "entschieden jegliche Art von aggressiven, gewalttätigen Aktivitäten der linken Szene" (CZ 17.06.2008). Die Celler Polizei verteilte ein Flugblatt in Eschede. Darin wurde u.a. darauf hingewiesen wurde, dass nicht ausgeschlossen werden kann, dass sowohl bei der Naziveranstaltung als auch bei der "linken Demonstration gewaltbereite Personen teilnehmen." Das Flugblatt hatte übrigens keinen Verantwortlichen im Sinne des Presserechts, wenn das andere so handhaben, gibt's sofort Ärger!

So wurde also schon mal im Vorfeld der dann am 21.06. durchgeführte, völlig überzogene Polizeieinsatz gerechtfertigt. Die Demonstration verlief, wie vorher mehrfach betont wurde, friedlich - das martialische Auftreten der Polizei war wie so oft ein überflüssiges Säbelrasseln.

Abschließen sollte nicht unerwähnt bleiben, dass bereits am Vorabend der Sonnenwende auf dem Hof Nahtz ein Nazikonzert mit 250 Neonazis stattfand, bei der Sonnenwendfeier am Samstag waren dann immerhin noch 160 Nazis anwesend.



Villa Grande

Über sechzig Jahre hat es auch in Norwegen gedauert, bis der Staat endlich eine Stiftung gegründet hat, um die Geschichte der NS-Zeit im eigenen Lande zu untersuchen; dann aber hat man gleich geklotzt: 1997 wurde das H-L-Center mit dem (hierzulande ein wenig fragwürdigen Unter-) Titel "Studien über den Holocaust, Genozide und Verfolgung von Minderheiten in den modernen Gesellschaften" errichtet. Allein die Immobilie hat schon etwas besonderes: Als jenes Gebäude, das der norwegische Faschisten-Führer V. Quisling nach seinem Machtantritt requiriert hatte, stellt es heute eines der teuersten Objekte des Landes dar; auch hinsichtlich des museumspädagogischen Aufwandes wurde nunmehr an nichts gespart, allenthalben finden sich Video-Beamer, die slide-shows abspielen; es wird viel mit indirekter Beleuchtung und mit Audio-Einspielungen gearbeitet.

Dennoch ist die Ausstellung erfreulich übersichtlich und kompakt. Zunächst wird die Machtübergabe an die Nazis in Deutschland dargestellt, Grundzüge rassistischer Politik generell abgehandelt, und anschließend die NS-Geschichte im eigenen Land umfassend dokumentiert. Hier werden dann auch zahlreiche Einzelschicksale – teilweise mit Originaldokumenten – nachgezeichnet. Kollaboration und Widerstand in Norwegen werden gegenübergestellt. Da viele norwegische Deportationen das Ziel Auschwitz hatten, wird der Holocaust anhand dieses Lagers dargestellt. Es hat für mich immer noch was Erschütterndes, vor einem plattgetretenen Kinderschuh von dort zu stehen.

Zuletzt wendet man sich den Überlebenden Jüdinnen und Juden aus Norwegen zu, und ihrem oftmals vergeblichen Bemühen, wieder ein „normales Leben“ zu führen, bzw. an alten Besitz, Wohnungen und Arbeit zu gelangen.

Die Ausstellung verlassen die Besuchen durch eine Großraum-Installation: dort werden unter Verlesen der Erklärung der Menschenrechte Bilder aus Guantanamo, Palästina, Kambodscha u.ä. gezeigt. Dass in diese Reihe Fotos aus Belsen passen sollen, ist mir allerdings schleierhaft. Die Einzigartigkeit des Holocaust vor der Geschichte wird hier (künstlerische Freiheit?) doch arg nivelliert.

Ganz anders die Installation vor dem Gebäude „Unschuldige Fragen“ – eine überdimensionale Lochkarte bezieht sich auf Quislings unmittelbar nach Machtübernahme durchgeführter Aktion, anhand solcher Lochkarten die jüdische Bevölkerung Oslos herauszufiltern; die wechselweise



aufleuchtenden Fragen werden, so der Künstler, auch heute noch gestellt, wenn etwa MigantInnen Einlass in die erste Welt begehren und Schutz oder Asyl suchen.

Im vergangenen Jahrhundert erfuhr das norwegische Parlament als erste westliche Demokratie den Einzug neofaschistischer Abgeordneter (nicht Italiener!); heute ist der bürgerliche Block derart zersplittert, dass nach einem drohenden Verlust des Fraktionsstatus der Sozialdemokraten die „Franskipartii“ größte Fraktion zu werden droht.

Die zwiespältige Geschichte Norwegens während der Besetzung wird u.a. gut im „Heimatfrontmuseum“ dokumentiert, insbesondere die Sabotierung von Lieferungen schweren Wassers an die Wehrmacht.

John Steinbeck hat in seinem „Der Mond ging unter“ den Kämpfern ein Denkmal gesetzt.

Im Herbst erscheint des dänischen Autors Carsten Jensens „Wir Ertrunkenen“ darin stellt er die Wahrnehmung der Skandinavier durch die Alliierten folgendermaßen dar:

Ihre Reeder, ihre Regierung, alle hatten die dänischen Seeleute aufgefordert, neutrale Häfen anzulaufen, sie hatten sich darüber hinweggesetzt, aber es hatte ihnen nichts geholfen. Es gab beim Barkeeper kein Guinness umsonst und bei Damen mit tiefem Ausschnitt und roten Lippen keinen Sympathiefick für einen Halbdeutschen.

.. am anderen Ende der Bar stand ein minderjähriger Bursche mit blauen Augen und blonden Locken, die ihm in die Stirn fielen. Dort hatte es kein Ende mit Schulterklopfen und schelmischen Blicken, ausgegebenen Bieren und Einladungen zu einer Gratisfahrt mit der Berg- und Talbahn in irgendeiner Kammer...

Der Junge konnte nicht einmal Englisch, abgesehen von einem einzigen Satz : «I come from Norway!»

In Norwegen kämpften sie. Der König und die Regierung befanden sich im Exil in London; dreißigtausend Norweger fuhren auf alliierten Kriegsschiffen. Und das Wichtigste überhaupt, sie fuhren unter eigener Flagge. Die norwegische Handelsflotte war an den Staat übergegangen und der König nun ihr offizieller Reeder.

... in den Augen der Engländer war ein Skandinavier gleichbedeutend mit einem Norweger. Dänemark aber war von der Landkarte gestrichen, und wenn ein Seemann den Mund öffnete, um mitzuteilen, dass er aus Dänemark stammte, klang es wie eine beschämende Erinnerung an etwas, das irgendwann einmal existiert hatte.

GEPUNKT

siehe auch unter <http://www.hlsenteret.no/>

Gedo – geht doch nicht

Bis Ende August hatte die Stadt Celle dem Investor Gedo Zeit gegeben, attraktive "Ankermieter" für das zwischen Bergstraße und Südwall angelegte Einkaufszentrum zu nennen. Doch Gedo schmiss schon drei Wochen vorher. Dem "Center-Entwickler" war nicht gelungen, einen großen Media-Markt einzubinden. Und auch H & M wollte nicht in die Gedo-Galerie. Der Bekleidungskonzern plant, in der Zöllnerstraße eine Filiale zu eröffnen. Damit ist auch das zuletzt von der Stadt finanzierte Gutachten über die Auswirkungen des von Gedo geplanten Projekts auf den Einzelhandel in der Altstadt weitgehend nutzlos. Das Gutachten hat die Stadt rund 100.000 Euro gekostet. (Langsam werden die Flops der Verwaltungsspitze und der sie tragenden Ratsfraktionen ein teurer Spaß.) Die SPD-Ratsfraktion fordert erneute Gespräche mit dem "Großen" der Branche, nämlich ECE. Die hatte die in dieser Frage informelle Jamaika-Fraktion abblitzen lassen. In den Reihen von CDU, FDP und Grünen gehen die Überlegungen wieder in Richtung "Zentro"-Celle, also einer Option die die Altstadt unter Erhalt ihres Charakters optimieren will. Bisher allerdings hatte man den Eindruck, dass die vor Ort etablierten Händler mit dieser "Idee" einzig die Konkurrenz von außen abwehren wollen.

Zombie-Fete

Kurz bevor es losging, verkündete der Organisator Alexander Haas noch super stolz, dass er fürs Altstadtfest "Captain Jack" geangelt hatte. "Captain Jack will zackig mitfeiern." (CZ) Da wurde einigen schwummrig, denn eigentlich ist Captain Jack (alias Franky Gee) seit knapp drei Jahren tot. Nun ist es nicht erstaunlich, dass irgendwer unter dem Namen der Eurodance-Pop-Combo wieder Kohle scheffeln will. Dass die CZ dann aber tatsächlich den Jubelartikel mit einem Bild des längst Verstorbenen illustrierte, ... - aber

irgendwie umgeben sich die Altstadtfest-Akteure seit längerem gern mit Pop-Zombies. Nachdem von den an beiden Tagen fünfzig- bis hunderttausend BesucherInnen wieder "nur" 10.000 bereit waren, den "freiwilligen" Obulus zu zahlen, drängt die "Tourismus Region Celle" als Veranstalter erneut auf die zwangsweise Erhebung eines Eintritts.

Frauen und Fussball

Es kann kein Zufall gewesen sein, dass von der CZ befragten "Celler Persönlichkeiten" 11 auf einen Sieg der Löwschen Rumpeltruppe gegen Spanien tippten. Einzig Gunda Bühler, Trainerin der Frauen des SV Altencelle lag mit ihrem 1:2 nicht so ganz falsch.

Bergens Next Top Model

Tolle Ferienpass-Aktion: Bergens Next Topmodell. "Schminken, föhnen, posen ... In verschiedenen Outfits, geschminkt und frisiert, liefen die Teenager über den Laufsteg. Als Erinnerung gab es professionelle Fotos." Obwohl im Artikel der CZ nur von einer Neun-, einer Zehn- und einer Elfjährigen die Rede war, tat man's ab unter der Kategorie "Teenager", worunter man im engeren Sinne Menschen zwischen 13 und 19 (eben die thirteens bis nineteens) versteht. Neunjährige sind Kinder, keine Teenager. Darüber sind wir "not amused".

Gummistiefelweitwurf

Das in Celle stationierte 2nd Battalion des Royal Anglian Regiment lud im Juli in die Kaserne an der Hohen Wende ein. Man feierte mit dem Fest, zu dem die Celler Bevölkerung eingeladen wurde, die "Schlacht von Talavera". Im Rahmenprogramm: Hüpfburg, Schminken und Haarflechten, Heuballenhochwurf, Kuh melken und Gummistiefelweitwurf. Auf britisch/spanischer Seite gab's in der Schlacht vor 200 Jahren übrigens 5.365

Tote, Verwundete und Vermisste, bei den Franzosen 7.268 Tote, Verwundete und Vermisste. Wahrscheinlich wurden die alle unter Heuballen begraben. Ein Großteil des 2nd Battalion trieb sich parallel zum Fest im Irak herum: Erstaunlicherweise ist heute nicht bekannt, wieviele Iraker bisher von den Gummistiefeln der Briten ermordet wurden.

Nix mit Punx-Picnic

Kaum war unsere letzte Ausgabe erschienen, in der u.a. die Frage gestellt wurde: Wem gehört die Stadt?, lieferte die Celler Polizei erneut ein fragwürdiges Beispiel: Die Bürgerstiftung hatte zu einem Charity-Brunch in die Altstadt geladen. Zu einem öffentlichen und gemeinsamen Frühstück auf dem Großen Plan konnte für 50 Euro für je 8 Personen ein Tisch belegt werden. Bei 2000 TeilnehmerInnen kamen auf diese Weise 13500 Euro zusammen, die in Schulförderprojekte fließen sollen. Einige Punx sahen in dem "guten Zweck" wohl eher die Brosamen vom Tisch der Reichen. Unter dem Motto "Punx-Picnic statt Bürger-Brunch" wurde deshalb in einem Internet-Forum zu einem alternativen Treffen eingeladen: "Celle is ne schöne Stadt, da kann man was erleben / drum gehen wir zum Bürger-Brunch und benehmen uns daneben". Gegen rund 30 Punx, die sich daraufhin versammelten, sprach die Polizei - laut Pressebericht in der CZ - als "reine Vorsichtsmaßnahme" Platzverweise aus. Hätte man die Spaltung der Gesellschaft deutlicher machen können?

Polizei "schießt" bei El Kaida Prozess

Während die Pressestelle der Polizei sonst immer über jeden Schrottdiebstahl eine Mitteilung an die Öffentlichkeit erstellten, dauerte es im Juni zwei Wochen, bis bekannt wurde: Am 5. Juni hat sich im Innenhof des OLG aus der Maschinenpistole einer Beamtin ein Schuss gelöst. Sie war mit neun weiteren Kollegen zur Bewachung des El-

Kaida-Prozesses abgestellt worden. Das Projektil schlug in einer Wand der Hofausfahrt ein. Der Pressesprecher der Polizeidirektion Hannover, Karsten Wolff, musste gegenüber der CZ den "lieben Gott" bemühen: "Gott sei Dank wurde niemand von dem abprallenden Projektil getroffen." Die Gefahr bestand: Das ganze spielte sich in nur gut 30 Meter Entfernung vom Busbahnhof am Neumarkt ab. - In dem Prozess wurde übrigens ein in Deutschland lebender Iraker wegen des Werbens von Mitgliedern und Unterstützern für eine terroristische Vereinigung im Internet zu drei Jahren Haft verurteilt. Der Verurteilte habe sich das Internet gezielt ausgesucht, um dort "ein weltweites Klima der Angst vor allgegenwärtigem Terror zu schaffen", so das Gericht. Beim Prozess immerhin scheint es ihm gelungen zu sein. Während über den Urteilsspruch breit berichtet wurde, verstand es die Polizei bisher, den "gelösten" Schuss aus den Medien herauszuhalten. Immerhin war's in unserer Heimatzeitung zu lesen. Und künftig - dank revista - auch im Internet.

Dummheit und Übergewicht

Ein Kommentator namens Peter Gilles schrieb in der CZ über "Unsere fetten Kinder" und stellte fest: "Weil schon bei Kinder Dummheit und Übergewicht miteinander korrelieren, läuft alles auf eine Bildungsfrage hinaus." (CZ, 26.06.2008) Irgendwie hatten wir bei Helmut Kohl auch immer ein ungu-tes Gefühl.

Grüne - Skat statt Doko

Da ist die bündnisgrüne Ratsfraktion im Juni von vier auf drei Mitglieder geschrumpft: Gerhard Vasterling hat sich getrennt. Begründung: "Die politischen Gemeinsamkeiten haben sich erschöpft", so Fraktionsvorsitzender Bernd Zobel. Damit schrumpft die Ratsfraktion der Grünen auf drei



Ratsmitglieder. Vasterling, der mittlerweile auch aus der Partei von Bündnis90/Die Grünen ausgetreten ist, will sein Ratsmandat weiter wahrnehmen. Dass die Mitglieder der Fraktion sich nicht mehr grün sind, zeigte sich bei einer Ratssitzung im Frühjahr, als Vasterling öffentlich seiner Kollegin Georgia Langhans in frauenpolitischen Positionen widersprach.

Mindestlohntruck

Auf seiner Tour durch Deutschland war der DGB-"Mindestlohntruck" am 26. Juni auch in Celle, um der gewerkschaftlichen Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn Nachdruck zu verleihen. In dem 22 Meter langen Truck wird über eine Ausstellung mit Bildern und Geschichten von Betroffenen über die Notwendigkeit eines Mindestlohns "als Auffanglinie gegen Lohndumping" informiert. Auf dem Brandplatz konnten Interessierte mit Hartwig Erb, Lennard Aldag und ehrenamtlichen Gewerkschaftsmitgliedern über die Forderung diskutieren.

Mit Schoko für die CDU

Wahlgeschenke sind ja nichts unübliches. In einem Wietzer Altenheim wurden Kommunalwahlkreuze mit Schokolade oder Zigaretten belohnt. Dies erhielten Altenheimbewohner, wenn sie den Mann und Sohn der Betreiberin wählten. Heinz-Günter Bode (CDU) und Andreas Bode (WG) wurden mit ungewöhnlich hohen Briefwahlstimmen in den Gemeinde- bzw. Ortsrat gewählt. Christine Bode wurde wegen Wahlfälschung und

Verletzung des Wahlheimnisses vom Amtsgericht Celle zu einer achtmonatigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

650000 für Union

Wenn um die Städtische UNION geht, ist's immer nicht weit her mit dem Marktradikalismus von CDU/FDP. 650000 Euro fordert der Aufsichtsrat für Renovierungen des Tagungszentrums: moderne Technik, schickeres Mobiliar, andere Raumaufteilung. Der Aufsichtsratsvorsitzende Ingo Schreiber findet das alles "nicht mehr zeitgemäß" - und er will das so genannte Schlosszimmer "edler" herrichten, damit sich Bosse, die sich mal nach Celle verirren, ganz zu Hause fühlen können. Die Hoffnungen auf eine Refinanzierung durch stärkere Nachfrage darf man getrost in den Schatz der Celler Märchensammlung aufnehmen. Die BürgerInnen zahlen also mal wieder, damit sich die Bosse im Luxus laben. Ach so: Der Rat muss es noch beschließen.

Fahrradstellplätze fehlen

Obwohl Radverkehr in die Altstadt in den letzten Jahren sicherlich zugenommen hat, waren - wie jetzt bekannt wurde - die Stellplätze seit 1999 von 450 auf 322 reduziert worden. Das hat die Stadt mit zwei neuen Stellplätzen am Schlossplatz jetzt weitgehend ausgeglichen. Weitere seien geplant. Und das ist auch erforderlich, meint der Celler Allgemeine Deutsche Fahrradclub. Seiner Auffassung nach müsste die Anzahl verdoppelt werden.

Tischgebet? Oh Gott!

Mit dem Ganztagsprojekt an Grundschulen will Celle glänzen. 1130 von 2527 SchülerInnen sind hierfür angemeldet worden. Manch Elternteil wird vielleicht schon nach der

Berichterstattung der CZ vom ersten Tag ins Grübeln kommen. Nichts gegen Pfannkuchen und Apfelmus oder Nudel mit Tomatensoße - aber dass zum Beispiel in Garßen wohl von allen ein Tischgebet gesprochen wurde? Nichts gegen Rituale, aber: War da mal nicht mal was mit "weltanschaulicher Neutralität". Nicht mal mehr in jeder zehnten Familie gehört's wirklich zum Alltag. Und integrieren kann man damit ja nu nicht wirklich, oder?

Rückwirkende Anerkennung der Wohnkosten?

Im März hatte der Landkreis seine Praxis bei den Mietobergrenzen für Hartz IV-EmpfängerInnen korrigiert und der durchgängigen Sozialgerichtsrechtsprechung angepasst. Endlich herrscht Klarheit hinsichtlich der Mietobergrenze. In der letzten revista warfen wir die Frage auf, welche Konsequenzen aus der rechtswidrigen Praxis für die Vergangenheit gezogen werden? Wie aus inoffiziellen Quellen zu erfahren war, will der Landkreis anscheinend rückwirkend bis November 2006 die "rechte Spalte der Wohngeldtabelle plus 10 Prozent" anwenden. Über die genaue Ausgestaltung wurden weder die Betroffenen noch die Öffentlichkeit bisher informiert. Auch die Frage, warum der 26.11.2006 als Stichtag gelten soll, bleibt unklar. Rechtswidrig war die

Praxis der Landkreises nach Auffassung der Beratungsinitiativen seit Juli 2005.

Sozialgerichte blocken bei Schulmaterialien

Das Problem ist unübersehbar und (fast) allseits eingeräumt: Für Kinder von Hartz IV-EmpfängerInnen gibt es im Regelsatz zu wenig Geld für die zum Schuljahresbeginn erforderlichen Materialien. Einhundert Euro und mehr pro Kind für Arbeitshefte, Mappen, Stifte etc. sind eher die Regel als die Ausnahme. Einige Städte haben darauf reagiert und für Schulfonds kommunale Mittel zur Verfügung gestellt. In Stadt und Landkreis Celle wurde dies von CDU/FDP-Mehrheiten bisher abgelehnt. Von Celler Erwerbslosengruppen gab es zuletzt zusammen mit Betroffenen den Versuch, Mittel von den Sozialämtern einzuklagen. Denn eigentlich müssen diese Leistungen für "sonstige Lebenslagen" erbringen, wenn diese "den Einsatz öffentlicher Mittel rechtfertigen". Man sollte meinen, Bildung gehört dazu. Aber: Das Sozialgericht Lüneburg lehnte eine Kostenerstattung durch die Sozialämter ab. Die Beschaffung von Schulmaterialien sei keine "unbenannte Bedarfssituation" und deshalb aus der Regelleistung zu bestreiten. Genau dies aber fand bei der Feststellung der Regelleistung keinerlei Berücksichtigung, wie durchgehend alle Sozialverbände beklagen. Und die

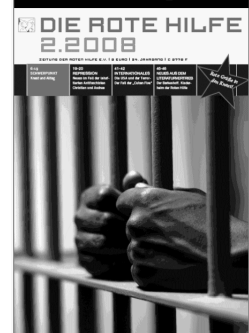
Politik? Sie hat einen weiteren Schuljahresanfang verstreichen lassen, ohne das Problem zu lösen.

Der Deckel muss weg!

Gegen die chronische Unterfinanzierung der Krankenhäuser demonstrierten Anfang Juli über 100 Beschäftigte aus AKH und Josefstift in Celle. Der Hintergrund der Aktion "Bettenstau": Die Finanzlage an deutschen Krankenhäusern verschlechtert sich bedrohlich. Die Ausgaben steigen, die Einnahmen bleiben wegen der Deckelung des Krankenhausbudgets gleich. Mehr als 100.000 Arbeitsplätze sind in deutschen Krankenhäusern in den vergangenen zehn Jahren verschwunden. Die Gewerkschaft ver.di sieht die Krankenhausbeschäftigten als das Hauptziel des Sparkurses. Immer weniger Stellen, immer größere Arbeitsbelastung und die Entlohnung bleibt immer mehr hinter der allgemeinen Entwicklung zurück. Deshalb wurde bei der niedersachsenweiten Aktion die Abkehr von der Budget- und Preisdeckelung und eine kurzfristige Änderung des geltenden Finanzierungssystems gefordert.



Neue Ausgabe!



"Die Rote Hilfe" erscheint viermal im Jahr und kostet 2 Euro.

Abonnement:

10 Euro für 4 Ausgaben. Rote Hilfe-Mitglieder erhalten "Die Rote Hilfe" kostenlos.

Bestellungen an:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 3255
37022 Göttingen
www.rote-hilfe.de

Anzeige:

Gesamtschuldiskussion



Im Landkreis Celle kocht eine Schuldiskussion hoch. Spannend ist sie deshalb, weil sich erste Risse im konservativen Block zeigen. In Winsen und in Bergen will die CDU vor Ort eine Kooperative Gesamtschule (KGS) mit Gymnasialzweig bis zur zehnten Klasse. Die Kreis-SPD unterstützt dieses Anliegen mit einer Unterschriftenkampagne. Aber Landrat Wiswe zeigt sich stur.

Winsen steht vor einem doppelten Problem: Momentan werden in der dortigen Außenstelle des Hermann Billung Gymnasiums drei 6. und zwei 5. Klassen beschult, aber diese Außenstelle soll zum Schuljahr 2010/2011 aufgelöst werden. Und auf der anderen Seite laufen schon heute die SchülerInnen weg, und zwar zur KGS im Nachbarkreis nach Schwarmstedt (zum neuen Schuljahr um die 90). Nahezu einstimmig hat sich deshalb der Schulausschuss der Gemeinde im August für die Einführung einer KGS in Winsen ausgesprochen und die Verwaltung beauftragt, einen entsprechenden Antrag beim Landkreis zu stellen.

Der Rat der Stadt Bergen hatte dies bereits im März beschlossen. Der Antrag auf eine "gemeinsame Schule", also ein integratives Schulmodell von Haupt- und Realschule hatte die SPD im Oktober 2007 gestellt; Bürgermeisters Rainer Prokop und die CDU nahmen den Ball auf und forderten eine KGS mit gymnasialem Zweig für Bergen. Die entsprechenden Anträge wurden Ende August im Schulausschuss des Landkreises, der als Schulträger zuständig ist, behandelt.

Im Schulausschuss wurden beide Anträge dann aber mit CDU/FDP-Mehrheit abgewiesen. Hier zeigte sich ein deutlicher Riss in der CDU. Die Kreisverwaltung mit Landrat Wiswe an der Spitze will von einer KGS nichts wissen. Wiswes Gegenargumente: Der gymnasiale Zweig wäre in Bergen (wie auch in Winsen) wahrscheinlich nur zweizügig, d.h. zwei Klassen in einer Jahrgangsstufe. Dies drohe durch eine KGS dann auch dem Christian-Gymnasium in Hermannsburg. Ein aus seiner Sicht nötiges differenziertes Angebot sei damit nicht mehr möglich. - Da eine KGS als eigenständiger Bildungsgang gelte, müsse eine Schülerbeförderung aus dem gesamten Landkreis Celle zu dieser Schule unter zumutbaren Bedingungen gewährleistet werden - mit erhebliche Mehrkosten zu Lasten des Kreishaushalts. Auf Empfehlung der Kreisverwaltung lehnten deshalb Mehrheiten im Schulausschuss und Kreisausschuss ab, das im nächsten Schritt erforderliche Verfahren zur Bedürfnisfeststellung für die Errichtung einer Kooperativen Gesamtschule in Bergen einzuleiten.

Die Schuldiskussion dürfte damit nur kurz zum

Schweigen gebracht werden. Denn lange können auch die konservativen Eliten den objektiven Problemen gerade in einem Flächenkreis wie Celle nicht aus dem Weg gehen. Ein Blick in die Statistik zeigt folgendes:

19,2 % eines Jahrgangs machen in Celle Abitur. Fast 5 Prozentpunkte weniger als im gesamten Land Niedersachsen (24,1 %) und über 15 %-Punkte weniger als in der Landeshauptstadt Hannover (35,4 %). "Sind unsere Kinder dümmer als der Rest des Landes?" fragte daraufhin die CZ und gab sich nicht mit der beliebten Begründung ab, im ländlichen Raum sei das nun mal so. Denn: Der vergleichbare Landkreis Northeim erreicht z.B. den Landesdurchschnitt. In der Stadt Bergen aber machen nur 12,7 % eines Jahrgangs Abitur - ein Umzug in die Landeshauptstadt würde die Chancen um der Faktor Drei erhöhen.

Es ist das reinste Ausscheidungsrennen, dem sich die SchülerInnen stellen müssen. Die große Sortierung beginnt bekanntlich nach der Grundschule: Von den rund 40 Prozent eines Jahrgangs, die in der fünften Klasse aufs Gymnasium gehen, schafft im Landkreis Celle eben nur die Hälfte das Abitur. Für Eltern und SchülerInnen heißt das: Blut, Schweiß und Tränen von der dritten Klasse an. Denn der formale Schulabschluss gilt als wichtigste Eintrittskarte in die Berufswelt. Schon um einen Ausbildungsplatz als Bankangestellte braucht man sich ohne Abitur kaum noch bewerben - so jedenfalls das Gefühl der meisten Eltern. Das bringt auch "bildungsnahe" Familien gehörig unter Druck, und längst lässt sich nicht mehr alles mit ausuferndem Nachhilfeunterricht machen. Auf der anderen Seite klagen die Handwerksbetriebe über das Niveau jener SchulabgängerInnen, die ihnen aus Real- und Hauptschule bleiben. Und die knapp 10 Prozent "ausbildungsmüden" Jugendlichen eines Jahrgangs, die ohne Abschluss die Schule verlassen, werden fast nur noch als Kostenfaktor wahrgenommen.

Die CDU kommt also von mehreren Seiten unter Druck. Der Celler Kreisvorstand öffnete sich deshalb vor kurzem für die Einführung Kooperativer Gesamtschulen - allerdings ohne Gymnasium. Genau damit aber ist man in Winsen und Bergen nicht zufrieden. Darin dürften sich auch die Unterschiede von Stadt und Landkreis spiegeln, denn selbstverständlich bleiben beim Fahrschülerstress, dem sich GymnasiastInnen aus dem Landkreis ausgesetzt sehen, noch mehr auf der Strecke als in der Stadt.

Grüne und SPD wollen ein alternatives Gesamtschulangebot. Angesichts ihrer politischen Minderheitenrolle scheinen sie schon in einer KGS ein Fortschritt zu sehen. Die SPD hat am 22. Juli eine Unterschriftenaktion auf der website www.gesamtschule-

jetzt.de gestartet. Einen Monat später fanden sich allerdings noch nicht einmal 100 UnterstützerInnen; es mag den Schulferien geschuldet sein. Dort gibt's allerdings einige nützliche Argumente und rechtliche Hintergründe.

Die Diskussion greift aber noch viel zu kurz. Denn der Unterricht in Kooperative Gesamtschulen erfolgt weiterhin weitgehend nach Schulzweigen sortiert. Allerdings ist die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen wesentlich größer. Und die Zahl jener, die ohne Schulabschluss bleiben, ist wesentlich geringer.

Grundsätzlich aber wird am selektierenden Drei-Klassen-System kaum gerüttelt. Die Konsequenzen in Deutschland sind bekannt: Die relative Wahrscheinlichkeit eines Gymnasialbesuchs für ein Akademikerkind ist in Deutschland fast siebenmal so hoch wie jene eines Facharbeiterkindes. Von allen Arbeiterkindern beginnen nur 17 Prozent ein Studium. Von allen Angestelltenkindern sind es dagegen 40, von Akademikerkindern gar 83 Prozent. Das macht auch verständlich, warum die CDU so hartnäckig am dreigliedrigen Schulsystem festhält: Es verschafft den Kindern ihrer Klientel Vorteile gegenüber potentiellen Aufsteigern der unteren Klassen. Und es legitimiert scheinbar nebenbei soziale Ungleichheit: "Von unten bis ganz nach oben funktioniert das Schulsystem, als bestünde seine Funktion nicht darin auszubilden, sondern zu eliminieren. Besser: in dem Maß, wie es eliminiert, gelingt es ihm, die Verlierer davon zu überzeugen, dass sie selbst für ihre Eliminierung verantwortlich sind." (Pierre Bourdieu)

Die wirklichen Verlierer sind SchülerInnen aus Familien mit Migrationshintergrund, jene mit dem Stempel "n.d.H." (=

nicht deutscher Herkunft). Wer sich die Namen unter den in der CZ veröffentlichten Fotos der Abschlussklassen anschaut, wird bei den Gymnasien zwar eine Anna finden, aber keine Ayse - und bei den Hauptschulen selten einen Christian, dafür aber einen Ciwan. Daran würden scheinbar aber auch Gesamtschulen wenig ändern; nach einer aktuellen Studie von Helmut Fend schaffen sie kaum mehr Bildungsgerechtigkeit als das dreigliedrige Schulsystem. Solange die Schule intern agieren könne, also die Kinder und Jugendlichen beisammenhat und sie nach Leistungen gruppiert, könne sie zwar die soziale Selektivität durchaus reduzieren - und da sind Gesamtschulen eindeutig besser. Bei den risikobehafteten Entscheidungen aber, also beim Schulabschluss, bei der Ausbildung und bei den Berufslaufbahnen verliere sich der schulische Einfluss und die soziale Herkunft rücke in den Vordergrund.

Die Frage, warum Kinder der Mittelklasse auf Jobs für die Mittelklasse kommen, beantwortet sich vielleicht also eher durch die Frage, warum es die anderen ihnen erlauben. Das aber überschreitet weit den Horizont der gegenwärtigen Diskussion.



LITERATUR

Spurensuche in Celle Broschüre zu Stolpersteinen



Seit April 2004 sind in Celle 57 "Stolpersteine" vor den Wohnungen von durch die Verfolgungsmaßnahmen der Nationalsozialisten zu Tode gekommenen Menschen verlegt worden. Jetzt ist unter der Herausgeberschaft der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit, die die Aktion initiiert hatte, eine Broschüre zu der mit den Stolpersteinen verbundenen "Spurensuche" erschienen.

Mehr als 15.000 Stolpersteine hat der Kölner Künstler Gunter Demnig in den letzten acht Jahren in 345 deutschen

Orten verlegt. Celle gehörte zu den ersten niedersächsischen Städten, in denen das Projekt begonnen wurde. Vor den ehemaligen Wohnhäusern der NS-Opfer fügt er in die Gehwege jene goldglänzenden Messing-Platten ein, die mit Namen, Geburtsjahrgang und dem Datum der Deportation oder Verhaftung und dem Todesort und -datum als kleine Mahnmale der Erinnerung unseren Alltag durchkreuzen.

Im Zentrum der Broschüre stehen nun biografische Anmerkungen, die über den knappen Gedenksteintext hinaus Informationen zu Leben und Verfolgungsgeschichte liefern. Die allermeisten der Stolpersteine erinnern an die ermordeten jüdischen BürgerInnen. Bemerkenswert ist, dass hierbei auch jener Opfer gedacht wird, für die Celle nur eine Station ihrer Biografie war oder die die Stadt in den 1930er Jahren in der

LITERATUR

Hoffnung verlassen hatten, den antisemitischen Diskriminierungen in der Anonymität einer Großstadt eher ausweichen zu können.

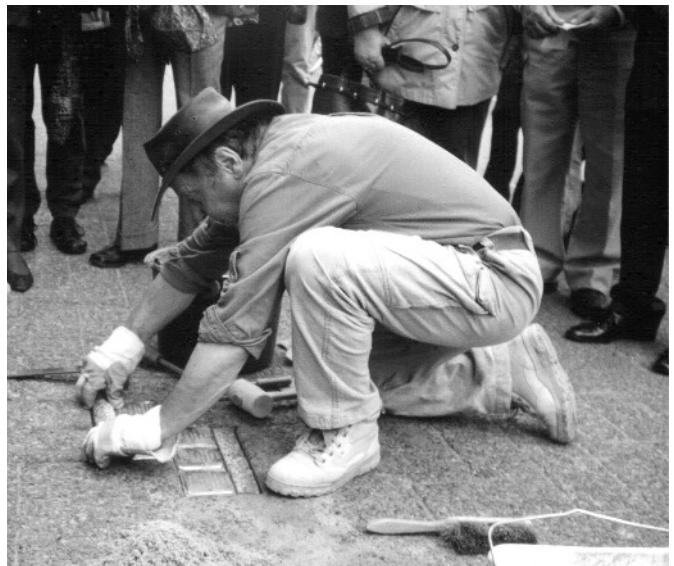
Die hinsichtlich der ehemaligen jüdischen Gemeinde Celles umfangreichen Forschungen der vergangenen Jahre haben Eingang in die biografischen Anmerkungen gefunden. Vieles ist insoweit bekannt gewesen. Wie der abschließende Artikel von Gerhard Schridde über die Aktion der Berufsschulen zum Holocaustgedenktag 2006 zeigt, bieten die Stolpersteine die Möglichkeit, sich den Verbrechen des Nationalsozialismus über konkrete Einzelschicksale zu vergegenwärtigen. Die Broschüre kann so nicht nur als Dokumentation Eingang in die Bücherregale finden, sondern künftig im pädagogischen Alltag sinnvoll genutzt werden.

Mit Heinrich Eggers und Paul Hartmann sind auch zwei Stolpersteine für kommunistische Widerstandskämpfer verlegt worden, deren Schicksal so erstmals einer breiteren Öffentlichkeit bekannt wird. Eggers wurde in der Nacht zum 11. April 1945, also kurz bevor die Alliierten die Stadt befreiten, von einem Nazi auf der Bahnhofstraße erschossen, als er Flugblätter verteilte. Paul Hartmann war in den Jahren 1933 und 1939 wegen seiner Widerstandstätigkeit inhaftiert gewesen und vor diesem Hintergrund 1942 in das berüchtigte "Bewährungsbataillon 999" einberufen worden; 1944 kam er in diesem Todeskommando in Griechenland ums Leben. - Und erinnert wird auch an Arthur Wese, den die Nazis unter dem Vorwurf der Homosexualität 1939 zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilten; der herzkranke Mann starb 1942 im Zuchthaus Celle an den Folgen der Zwangsarbeit, die seine

Gesundheit zugrunde gerichtet hatte.

Die meisten der Artikel sind von Anne Riege verfasst; für einzelne andere zeichnen Robert Cussel, Eli Eyal, Sabine Maehner und Ingo Seelig verantwortlich. Die Broschüre ist mit vielen Fotografien illustriert, wobei einige erstmals veröffentlicht werden.

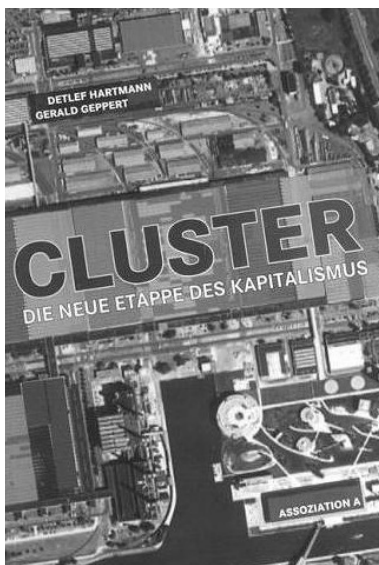
Spurensuche in Celle. Stolpersteine. Hg. von der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Celle e.V. Celle 2008 (ISBN 978-3-925902-66-6), 94 Seiten. 9,80 Euro.



Gunter Demnig bei der Verlegung der ersten Stolpersteine vor der Synagoge.

Die neue Etappe des Kapitalismus

Cluster



Aus einer sozialrevolutionären Perspektive ist "Verweigerung" der Beginn von kämpferischer Subjektivität. Als Lebensgefühl fand sie sich in den 1980er Jahren im Milieu der Autonomen. Manch Älteren unter unseren LeserInnen wird Detlef Hartmann noch als einer ihrer Theoretiker geläufig sein. Er war Mitherausgeber der Zeitschrift *Autonomie* und Autor des Buches "Leben als Sabotage", wo

er in "Subjektivität" (und im Trikont in den Strukturen der Subsistenz) Widerstandspotenziale gegen eine kapitalistische Totalität ausmachte.

"Cluster" ist der Titel des gerade im Verlag Assoziation A erschienen Buches, in dem Hartmann und Gerald Geppert einen Angriff von Staat und Kapital auf die widerständige Subjektivität konstatieren. Die Organisation dieses "sozialen Krieges" verläuft, so ihre Analyse, innerhalb und außerhalb der Betriebe. Einer ihrer Strategen war Peter Hartz: als Frontmann der nach ihm benannten Kommission zur Demontage des sozialen "Sicherungs"-systems einerseits, andererseits als Personalchef von VW entscheidend an der Umstrukturierung der automobilen Arbeitswelt und einer ganzen Region beteiligt.

Um letzteres geht es unter anderem: Als Cluster bezeichnet man ökonomisch gesehen die Konzentration von

Betrieben und Forschung in einer Region (Silicon Valley gilt hier als Modell). Die Autoren zeigen, wie VW - unterstützt durch die Unternehmensberatung McKinsey - mit der Strategie der Clusterbildung auf die Krise der Autoindustrie in den frühen 1990er Jahren reagiert hat. Die ganze Region Südostniedersachsen wurde nach den Vorgaben des VW-Konzerns umgemodelt. Dazu gesellte sich ein aggressives (öffentliches) Arbeitsmarktmanagement, das als Vorbild für die Hartz-Gesetze der Schröder/Fischer-Regierung diente.

Gerald Geppert beschreibt die einzelnen Bausteine in seinem Aufsatz "Global Player und clusterorientierte Regionalisierung" als gewissermaßen "zweite Erfindung" Wolfsburgs. Die erste war bekanntlich die Schaffung der Industrieregion unter dem Propagandaschirm des KdF-Wagens im Nationalsozialismus. Dieser Text ist lohnend zu lesen für all jene, die den Wirtschaftsteil der Tageszeitung gern überblättern. Denn hier kann man auf rund 70 Seiten exemplarisch erfahren, was sich den vergangenen Jahren in der Automobilindustrie abgespielt hat.

Detlef Hartmann interessiert sich in seinem Aufsatz einerseits für die hinter der Clusterbildung stehenden Überlegungen. Es überrascht z.B., dass die Konzernstrategen auf die Bündelung innovativer Energien im begrenzten Raum setzen. Denn die digitale Vernetzung kann wohl - bildlich gesprochen

- die Produktivität von konkurrierender und kooperierender face-to-face Kommunikation beim Latte Macchiato nicht ersetzen. - Aber es geht andererseits nicht allein darum, aus den "Kreativen" das letzte rauszuholen. Auch die am Band und ihre "Reserve" sollen mit dem "Virus der Selbststrationalisierung" infiziert werden. Es ist einigermaßen irre zu sehen, wie Leute, die jederzeit "freigesetzt" werden können, von "ihrer" Firma reden - und es ist genauso verrückt, mit welcher Energie sich Erwerblose in perspektivlose Ein-Euro-Jobs "reinhängen". Man soll sich selbst als unerschlossene Ressource begreifen, die eigene Leistungsbereitschaft entwickeln, sich selbst aktivieren und in die jeweiligen Verwertungszusammenhänge einbringen - für Erwerblose gekoppelt mit den demütigenden Zwängen zu Selbstauskunft und Unterwerfung.

"Selbstbehauptung" hat Hartmann das kleine Kapitel überschrieben, in dem er Momente der Gegenwehr beschreibt und ihre Impulsgeber: Autonomie, Authentizität, Eigenwille, Eigensinn. Die "innere Kündigung", so seine Prognose angesichts der Zumutungen, liege bei Vielen näher denn je.

Detlef Hartmann / GeraldGeppert: Cluster - Die neue Etappe des Kapitalismus. Assoziation A Verlag, Berlin 2008, 224 Seiten, ISBN 978-3-935936-62-0, 14 Euro

Bewegende Momente?



Manch einer im "Celler Land" wird vor allem deshalb froh über die Fertigstellung des Wiederaufbaus der Dresdner Frauenkirche gewesen sein, weil damit auf ein Ende der penetranten Benefizarbeit des "Celler Freundeskreises" zu hoffen war. Doch zu dem an

sich schon überflüssigen Projekt gesellte sich schlussendlich auch noch ein überflüssiges Buch: "Bewegende Momente. Celler Erinnerungen an den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche" von Rolf-Dieter Dahl. Im herzigsten Courthsmahler-Stil feiert der "Kunstförderer und Konzertkritiker" noch einmal das "Jahrhundertwerk" ab, das aus dem "Mahnmal sinnloser Zerstörung" ein "Zeichen der Verständigung zwischen den Völkern, zum Streben nach Frieden in der Welt und ein Symbol der deutschen Wiedervereinigung" werden ließ. So jedenfalls deutet es die rührselige Geschichte. Wir dürfen miterleben, wie die zielstrebige, charmante, immer eine glückliche Hand habende Apothekerin Sigrid Kühnemann den prominenten, berühmten, international renommierten großen Meister Ludwig Güttler zu mitreißenden, eindrucksvollen, bewegenden Benefiz-

Konzerten einlud usw. usw. Natürlich ist das Lachen heiter und die Scherze fröhlich, das Original liebevoll und der Charme unwiderstehlich, Gespräche sind anregend und Butzenscheiben heimelig. Und auf nahezu jeder Seite gibt es "bewegende Momente", die selbstverständlich für alle Beteiligten unvergesslich bleiben. (Müsste der Autor für jede Phrase einen Hunderter spenden, wäre der Abriss der Frauenkirche in finanzieller Hinsicht wohl kein größeres Problem mehr.)

Kurz: Ernst nehmen könnte man das Werk eigentlich nur, würde es als Satire aus der "Titanic"-Werkstatt stammen. Deshalb folgender Verwendungsvorschlag: Man treffe sich in übersichtlicher Runde zu mehr oder weniger geistreichen Basisgetränken, wechsele sich beim Vorlesen ab und trinke jedesmal beim Auftauchen vorher festgelegter Schlüsselworte wie berühmt, renommiert, bewegend oder eindrucksvoll einen "Heideschnaps". Der Abend wird garantiert feucht-fröhlich ...

Rolf-Dieter Diehl: Bewegende Momente. Celler Erinnerungen an den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche. Hg. von Sigrid Kühnemann. Hermannsburg 2008. ISBN 978-3-937301-51-8 (Verlag Ludwig Harms Haus) 2008. 80 Seiten. 13,50 Euro. 15 Jahre Entrechtung und

Entwürdigung im Namen des Rechts beenden

Petition für die Abschaffung des grundrechtswidrigen Asylbewerberleistungsgesetzes

Was würden Sie sagen, wenn ihr Lohn oder ihre Rente seit 15 Jahren nicht erhöht worden wäre? Skandal? - Genau das aber müssen Flüchtlinge in Deutschland erdulden. Seit Einführung des Asylbewerberleistungsgesetzes im Jahr 1993 wurde das wenige, was man Ihnen zubilligt, nicht erhöht. Haushaltsvorstände bekamen 1993 440 Mark, heute sind's 224,97 Euro - PartnerInnen und Kinder entsprechend weniger. Der Deutsche Bundestag hat sich bisher nicht einmal die Mühe gemacht, das Gesetz hinsichtlich der Umrechnung DM / Euro sprachlich anzupassen. 15 Jahre keinen Pfennig und keinen Cent mehr - es waren auch 7 Jahre rot-grün darunter.

Das Komitee für Grundrechte und Demokratie fordert deshalb den Deutschen Bundestag auf, das ihrer Meinung nach grund- und menschenrechtswidrige Asylbewerberleistungsgesetz abzuschaffen und den Asylsuchenden die üblichen sozialrechtlichen Leistungen zuzugestehen. In der Begründung ist zu lesen:

"Mit dem Asylbewerberleistungsgesetz wurde 1993 ein Sondergesetz geschaffen, das den Lebensunterhalt für Asylsuchende regelt. Seitdem gibt es zwei Existenzminima in Deutschland. Asylsuchenden, aber auch geduldeten Flüchtlingen und bestimmten Personen mit einer Aufenthaltserlaubnis wird erheblich weniger für den unmittelbaren Lebensunterhalt zugebilligt als den Bundesbürgerinnen und Bundesbürgern. Um ihrer Integration entgegenzuwirken, wird ihnen ein willkürlich bestimmter Betrag für das so genannte sozio-kulturelle Existenzminimum vorenthalten. Über einen Zeitraum von inzwischen vier Jahren hinweg sollen sie sich kein Buch kaufen, sich allenfalls ausnahmsweise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln bewegen und sich auch keinen Besuch in einem öffentlichen Schwimmbad leisten können.

Noch entwürdigender: Den Betroffenen soll nach der Intention des Gesetzgebers bis auf ein geringes Taschengeld auch kein Bargeld zur Bestreitung ihres Existenzminimums ausbezahlt werden. Vielmehr werden sie häufig mit vorgefertigtem Essen, mit Wertgutscheinen oder Chipkarten "abgespeist", die nur in bestimmten Läden zu verwenden sind. Zudem sollen Asylsuchende, bei denen es sich überwiegend um Familien, Frauen und Kinder handelt, nicht in "normalen" Wohnungen leben dürfen. Sie werden statt dessen gezwungen, in entwürdigenden Massenunterkünften ohne persönlichen Raum zu "leben". Ihr Menschenrecht auf freie Persönlichkeitsentfaltung wird ihnen versagt. Schließlich gilt für sie nach den Bestimmungen des Asylbewerberleistungs-

gesetzes eine nur auf akute Schmerzlinderung eingeschränkte medizinische Versorgung.

Diese systematische Diskriminierung von Menschen im Namen des Rechts muss beendet werden. Sie ist mit den Menschenrechten unvereinbar, die laut Grundgesetz unmittelbar gelten. Sie verletzt die Würde der Menschen."

Die Sammelpetition ist zu finden unter www.grundrechtekomitee.de und müsste bis zum 30. September an die Anschrift des Komitees gesendet werden: Aquinostr. 7-11, 50670 Köln.

Über die Probleme mit der Gutscheinregelung in Celle haben wir in revista oft berichtet. Noch immer werden in der Stadt Celle an rund 40 Betroffene Gutscheine ausgeben. In der Begründung der Petition entsteht der Eindruck, die entwürdigende Praxis sei nach vier Jahren vorbei. Die Praxis vor Ort zeigt aber: Wo abgelehnte Asylbewerber sich weigern, an der zur Abschiebung erforderlichen Passbeschaffung mitzuwirken (also ihre Haut zu retten), werden die Leistungen - gewissermaßen als Strafe - erneut oder weiterhin nur mit 40,90 Euro bar ausgezahlt.

Eine Wende ist in Niedersachsen nicht in Sicht. In Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen, Schleswig-Holstein, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Berlin und Hamburg wird die Hilfe zum Lebensunterhalt flächendeckend als Barleistung gewährt, in Nordrhein-Westfalen überwiegend. In Niedersachsen haben die Räte der Landeshauptstadt Hannover, der Stadt Oldenburg, der Stadt und des Landkreises Göttingen inzwischen Beschlüsse zur Barauszahlung gefasst. Die Stadt Holzminden und der Landkreis Aurich zahlen inzwischen in bar aus. Innenminister Schünemann (CDU) aber will das nicht zulassen. Die Kommunen wollen's nicht, u.a. weil es mehr kostet, aber die Landesregierung hält strikt an der diskriminierenden Praxis fest.



Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Celle
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags und samstags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: ab jetzt 5 Euro statt 4,50 Euro !

www.kino-achteinhalb.de

12. und 13. September: XXY

Kinostart: 26.6.2008

Eine mit dem "Adrenogenitalen Syndrom" geborene junge Frau muss sich mit dem gesellschaftlichen Druck auseinandersetzen, der jede Abweichung von der Geschlechter-Norm ächtet. Ein Chirurg will eine "richtige" Frau aus ihr machen, sie jedoch geht daran, mit dem gleichaltrigen Sohn des Arztes, der sich seiner sexuellen Orientierung ebenfalls nicht ganz klar ist, der eigenen Identität nachzuspüren. Ein kämpferischer, dabei unterhaltsamer Film, der sein Thema mit entwerfender Direktheit angeht. Dabei macht er sich stilistisch wie inhaltlich überzeugend für das Recht auf Individualität stark.

19. und 20. September: AlleAlle

Kinostart: 10. 7. 2008

Auf einem verlassenen sowjetischen Militärstützpunkt im unwirtlichen Umland des Berliner Südens treffen die Schicksale des alkoholkranken Erben der Anlage, einer aus dem Gefängnis entlassenen Frau, die an den Ort ihrer Kindheit zurückkehrt, und eines geistig behinderten Mannes zusammen, der in dem Erben seinen Onkel gefunden zu haben glaubt. Ein Zusammentreffen, dass das Leben des Besitzers der Anlage zunächst nur unmerklich verändert, der aber in die Rolle hinein wächst, Verantwortung übernehmen zu müssen. Eine von guten Darstellern getragene Studie über solidarisches Handeln, das dazu führt, auch die eigene Isolation und Ausweglosigkeit überwinden zu können.

26. und 27. September: Underdogs

Kinostart: 24.7.08

Ein wegen Totschlags verurteilter Häftling wird gegen seinen Willen in ein Resozialisierungsprogramm aufgenommen, bei dem Hundewelpen zu Blindenhunden ausgebildet werden sollen. Zunächst wehrt er sich vehement, eine Bindung zu dem Hund aufzubauen, doch irgendwann obsiegt die Zuneigung zu dem Vierbeiner. Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Gefängnisalltag, die Klischees weitgehend vermeidet.

03., 04. und 05. Oktober (18 Uhr): Simon

Niederlande 2004

deutsche Kinoerstaufführung

14 Jahre nachdem die Freundschaft zwischen einem heterosexuellen Barbesitzer und einem schwulen Zahnarzt zer-

brach, treffen sich die beiden wieder. Der Kneipier leidet unheilbar an einem Gehirntumor, der Zahnarzt und sein Lebenspartner nehmen sich seiner an, während er sein Leben und Ableben ordnet. Die Geschichte einer Freundschaft, erzählt mit tragikomischen Tönen, die immer düsterer werden. Der kunstvoll inszenierte, von brillanten Darstellern getragene Film spricht Themen wie Schwulen-Ehe, Drogenkonsum, Krebs und Sterbehilfe an, wirkt dabei wie aus einem Guss und öffnet einen satirischen Blick auf die holländische Gesellschaft, die sich bei aller Freizügigkeit ihre Spießer und Vorurteile bewahrt hat. Ein Drama der großen Gefühle, das Mut macht, soziale, kulturelle und psychologische Grenzen zu überwinden

10. und 11. Oktober: Happy-Go-Lucky

Kinostart: 3.7.2008

Eine Londoner Grundschullehrerin Anfang 30 schlägt sich an der Seite ihrer Freundinnen mit unverbesserlichem Optimismus durch ihren nicht immer einfachen Alltag als berufstätige Frau. Vor allem an ihrem pedantischen, miesepetrigem Fahrlehrer droht ihre gutgelaunte Lebenshaltung zu scheitern. Mit einer brillanten Hauptdarstellerin, die die mitunter schrille, notorische Heiterkeit ihrer Figur subtil als schwierigen Balanceakt spürbar macht, entwirft Mike Leigh ein subtiles "Feel-Good-Movie" der abgründigen Art über die Möglichkeit, in einer von Ängsten und diversen privaten und politischen Krisen gebeutelten Zeit glücklich zu sein und nicht den Lebensmut zu verlieren.

17. und 18. Oktober: Die Frau und der Fremde

Kinostart: 26. 6. 2008

Eine nach der Novelle "Karl und Anna" (1926) von Leonhard Frank erzählte unerhörte Begebenheit: Ein Heimkehrer aus dem Ersten Weltkrieg gibt sich bei der Frau eines in Russland zurückgebliebenen Kameraden als deren Ehemann aus und wird von ihr als Lebensgefährtin akzeptiert. Ein nuancenreiches Kammerspiel über das Verhältnis von Lüge und Wahrheit, Schein und Realität, die Problematik des Identitätstauschs und der Suche nach dem eigenen Ich. Die zurückhaltend agierenden jungen Hauptdarsteller vermitteln hervorragend die Selbstzweifel und Irritationen der vom Krieg gezeichneten Seelen. (Der einzige DEFA-Film, der mit dem "Goldenen Bären" der "Berlinale" -1985- ausgezeichnet wurde.)

24. und 25. Oktober: So ist Paris







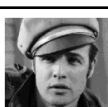
Kinostart: 17.7.2008

Ein episodisch angelegter Bilderbogen über die kleinen Überlebenskämpfe in Paris. Ausschnitte aus dem Alltag einer Reihe von Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten vereinen sich zu einem losen Reigen. Ein von der Liebe zu Paris und seine diversen Stadtviertel getragener Ensemblefilm im Stile von "Short Cuts", der durch seine Mischung aus amüsanten und nachdenklich stimmenden Szenen ein vielschichtiges Bild der Stadt und ihrer Bewohner entwirft.

Nominiert für den Landesfilmpreis 2008

Große Chancen rechnet sich das Celler kino achteinhalb für den diesjährigen niedersächsischen Jahresfilmprogrammpreis aus. Er wird am 13. September in Oldenburg verliehen. Im Kino ist der Sekt schon kaltgestellt. Aus diesem freudigen Anlass baten wir einige Mit-glieder der Initiative darum, uns ihre Lieblingsfilme, Schauspieler/innen und Regisseure zu nennen. Wer sich des Medaillenspiegels der Olympiade noch nicht ganz entwöhnt hat, wird feststellen, dass Europa bei den Filmen mit 13 Nennungen deutlich vor den USA (5), Argentinien (2) und China (1) liegt. Unsere Frage nach dem "peinlichsten Lieblingsfilm" lief leider weitgehend ins Leere. Wahrscheinlich läge da die "Neue Welt" besser im Rennen. Die 1980er Jahre sind für die CineastInnen merkwürdigerweise ein verlorenes Jahrzehnt; dabei haben wir aus der Redaktion gerade da unsere Knaller mit "Rambo 1-3", "Rocky 3 und 4", "Indiana Jones 1-3". Aber dieses schlichte Schwarz-Weiß scheint man im achteinhalb nur als Filmmaterial zu schätzen. Immerhin hat Marlon Brando gewonnen, dem dieses Zitat zugeordnet wird: "Stellt Columbus als den Schuft dar, der er war - verantwortlich für den Völkermord an den Indianern."



		Lieblingsfilm (Platz 1-3)	Schauspieler/in und Regisseur
Andreas		Der letzte Tango von Paris (Bertolucci, I/F 72) Effi Briest (Fassbinder, D 74) Tod in Venedig (Visconti, I 71)	M: Emil Jannings W: Romy Schneider R: Luchino Visconti
Claudia		Tanz der Vampire (Polanski, GB/USA 67) Blow dry (Breathnach, GB/USA 00) Was das Herz begehrt (Meyers, USA 03)	M: Clint Eastwood W: Hanna Schygulla R: Polansky / Chabrol
Jan		Historias minimas (Sorin, ARG 02) Haus aus Sand und Nebel (Perelmann, USA 03) Wir können auch anders (Buck, D 93)	keine Nennung
Petra		Ich bin ein Elefant, Madame (Zadek, D 69) Die Verachtung (Godard, F/I 63) Wenn die Gondeln Trauer tragen (Roeg, I/GB 73)	M: Marlon Brando W: Catherine Deneuve R: Bernardo Bertolucci
Stefan		2046 (Kar-Wai, Chi 04) Wolfburg (Petzold D 03) Sein oder Nichtsein (Lubitsch, USA 42)	M: Oskar Werner W: Nathalie Baye R: Charlie Chaplin
Tine		Die Kinder des Olymp (Carnè, F 43-45) Historias minimas (Sorin, ARG 02) Schwarze Katze, weißer Kater (Kusturica, D/F/Y 93)	keine Nennung
Ulrich		Barry Lydon (Kubrick, GB 75) Die Blechtrommel (Schlöndorff, D 79) La Strada (Fellini, I 54)	M: Marlon Brando W: Angela Winkler R: Billy Wilder

Rosa Luxemburg Club

Veranstaltungen in II/2008

Di., 9.9., 19.30

Buntes Haus

Cluster - Die neue Etappe des Kapitalismus
Vortrag von Gerald Geppert, Göttingen

In der neuen Management-Theorie steht der Begriff "Cluster" für die Zusammenballung von innovativen Unternehmen zu einem strategischen Kern. Es scheint das neue Schlüsselkonzept zu sein, mit dessen Hilfe die Zurichtung der Menschen und der Regionen auf die Innovations- und Produktivitätsbedürfnisse des kapitalistischen Kommandos erreicht werden soll. Detlef Hartmann und Gerald Geppert haben sich in ihrem auch hier im Heft besprochenen Buch mit den regionalen Cluster-Strategien am Modellbeispiel Wolfsburg beschäftigt. Im Kern dieses postmodernen Zugriffs auf die Bevölkerung einer Region stehen die Hartz-Programme, aber die Verelendungspolitik ist nur einer ihrer Stränge. Insgesamt zielen sie auf die totale Erfassung der subjektiven Ressourcen der Region, auf die Selbstaktivierung unter ständiger Kontrolle ab.

Gerald Geppert wird diese Entwicklung anhand der "Autostadt" Wolfsburg vorstellen und mögliche Widerstandsformen zur Debatte zu stellen.

Di., 30.9., 19.30 Uhr

Buntes Haus

Another Europe is possible! - Bericht vom Europäischen Sozialforum in Malmö
Paul Stern und Volker Petran, Celle

Vom 17. bis 21. September 2008 findet in Malmö das fünfte Europäische Sozialforum statt. Es ist der größte europäische Offene Raum für Organisationen, Bewegungen, Netzwerke und Individuen, die sich dafür engagieren, eine nachhaltige, demokratische und gerechte Gesellschaft aufzubauen. Tausende von AktivistInnen und eine große Zahl von Organisationen kommen zusammen, um Erfahrungen miteinander auszutauschen, Ideen zu diskutieren - und nicht zuletzt, um Vorschläge zu formulieren und neue Bündnisse für Mobilisierungen und wirksame Aktionen zu gründen. Die beiden Referenten werden über ihre Erfahrungen vom Meeting in Malmö berichten und auch grundsätzliche zu Inhalten und Zielen des Europäischen Sozialforum sagen.

Mi., 29.10., 19.00 Uhr

Kino 8 ½

"Einen Tag länger als die Continental" - Der Sieg der Arbeiter von Euzkadi / Mexiko über einen internationalen Konzern
Dietrich Höper, Hannover, und Hubert Brieden, Nienburg

"Einen Tag länger als die Conti" haben die Arbeiter der Euzkadi-Gummifabrik in El Salto, Mexiko, durchgehalten und so durch ihren hartnäckigen Streik verhindert, dass der hannoversche Reifenmulti im Januar 2001 ihr Werk sang- und klanglos schloss. Sie sollten auf die Straße gesetzt werden, weil ihre unabhängige Betriebsgewerkschaft sich dem Diktat der Unternehmensleitung widersetzt hatte. Nach einem dreijährigen, auf allen Ebenen - auch der internationalen - geführten Kampf haben die organisierten Arbeiter die Hälfte der Fabrik im Jahr 2005 als Kooperative in Eigenregie übernommen. Dietrich Höper und Hubert Brieden sind Mitautoren eines Buches, das die Geschichte dieses Sieges mexikanischer Arbeiter über einen "Global Player" beschreibt. Und sie bringen Ausschnitte aus zwei Filmen von Michael Enger mit, die sich mit dem erfolgreichen Streik und der Kooperative beschäftigen.

Do., 6.11., 19.30 Uhr

Buntes Haus

Die Novemberrevolution 1918 - Rote Fahnen überm Celler Schloss
Reinhard Rohde, Celle

Vor 90 Jahren wehten über dem Celler Schloss mal rote Fahnen. Die Novemberrevolution des Jahres 1918 war erstaunlicherweise damals eher in der Provinz angelangt als in der Reichshauptstadt Berlin. Ein Arbeiter- und Soldatenrat hatte das Kommando übernommen. In der Veranstaltung soll es darum gehen, den revolutionären Prozess auf lokaler Ebene und auch sein Scheitern nachzuzeichnen. - Und vielleicht kann es in der Diskussion dann auch darum gehen, welche Bedeutung die rätedemokratischen Vorstellungen von Teilen der damaligen Revolutionäre heute noch haben können. Für Gesellschaftskritiker wie Michael Albert (Parecon - Leben nach dem Kapitalismus) sind sie unverzichtbarer Bestandteil eines anderen Lebens.

TERMINE

So. 07.09.2008, 11:00 Uhr

Sowjetische Kriegsgefangene in Bergen-Belsen
Führung durch das Dokumentationszentrum und über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Mo. 08.09.2008, 19:00 Uhr

Informationen zur Nazi-Szene in Munster & Umgebung
Am 12. März 2008 wurde der Inhaber des Munsteraner Geschäfts Dezentral (Militärausrüstung) Hannes Knoch wegen der Fortführung der 2000 vom Innenministerium verbotenen Neonazi-Organisation Blood & Honour vom Landgericht Halle zu einer Geldstrafe verurteilt. Nach Recherchen der OrganisatorInnen der Veranstaltung und Berichten verschiedener Medien (z. B. Frontal 21/ZDF) gibt es auch weiterhin Verbindungen in die Nazi-Szene.
Zum Örtzetal (Soldatenheim) Munster
Danziger Str. 74-76

Do. 11.09.2008, 20:00 Uhr

"Lieber Gott, du bist der Boß - Amen, dein Rhinozeros"
Lesung und Vortrag mit Harry Rowohlt & Christian Maintz
Die deutsche Literatur als weithin komikfreie Zone, die deutsche Lyrik erst recht - und in der Tat liefern Hölderlin, Rilke oder Celan ja selten Anlässe zum Lachen. Schon Bertolt Brecht hat aber zwischen einer "pontifikalen" und einer "profanen" Linie der deutschen Dichtung unterschieden; letzterer lassen sich Autoren wie Heinrich Heine, Wilhelm Busch, Paul Scheerbar, Christian Morgenstern, Joachim Ringelnatz, Kurt Tucholsky und natürlich Brecht selbst zuordnen - sie alle arbeiten partiell oder sogar überwiegend mit komischen Mitteln. Die Veranstaltung wird sich Arbeiten der genannten und verwandter Autoren widmen, und zwar in einer Kombination von Lesung und Vortrag. Harry Rowohlt, der derzeit republikweit wohl kompetenteste, ach was: begnadetste Rezipient komischer Texte, wird die Gedichte lesen.
Eintritt: 16,00 EUR, VVK: 14,90 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Fr. 12.09.08, 21:00 Uhr

Ska Konzert
Mit der Skaband Maskapone aus Hannover
Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Hannover [AAH].
Mehr Infos auf www.antifa-hannover.tk
UJZ Korn, Hannover
Kornstr. 28-30

Sa. 13.09.2008, 14:00 Uhr

Die Entstehung der Gedenkstätte Bergen-Belsen
Führung mit Martina Staats über das Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sa. 13.09.2008, 20:00 Uhr

"Schwing dein Tanzbein"
Punkrockkonzert mit "Scrub" Indie-Rock aus OWL, "Sleazy, Inc. Operated" Grunge/Trash/PostPunk Frauenband aus Leipzig, "Rookies Rude Revenge" Ska-Reggae aus Hannover, "Un(d)zumutbar" Punkrock aus Celle
Eintritt: 4 EUR
Buntes Haus, Celle
Hannoversche Str. 30f

Do. 18.09.08, 20 Uhr

Antifa Info Abend
Infos, Vorträge, Filme zu verschiedenen Themen jeden dritten Donnerstag im Monat.

Diesmal zum Thema "Autonome Nationalisten" - neue Styles der Nazis.
Eine Veranstaltung der Antifaschistischen Aktion Hannover [AAH].
UJZ Korn, Hannover
Kornstr. 28-30

Sa. 20.9.2008, 09:00 Uhr

"Rassisten-Kongress verhindern!"
Aufruf zu Massenblockaden gegen den RassistInnenkongress
Aus dem Aufruf: Vom 19. bis zum 21. September 2008 wollen RassistInnen und NeofaschistInnen aus ganz Europa in Köln einen so genannten "Anti-Islamisierung-Kongress" durchführen. Auf Einladung der selbsternannten "Bürgerbewegung pro Köln" wollen bis zu 1000 Rechte verschiedenster Couleur (vom klassischen Neonazi bis hin zu Rechtskonservativen) unter dem Deckmantel einer vermeintlichen Islamkritik ihre Propaganda gegen Menschen anderer Herkunft und Religion verbreiten. [...] Wir werden weder ein solches internationales rassistisches Treffen dulden, noch zulassen, dass "pro Köln/pro NRW" im Kommunalwahlkampf ungestört ihre rassistische Propaganda betreiben kann. Daher rufen wir dazu auf, diesen Kongress zu verhindern!
<http://www.hingesetzt.mobi/cms/>
Innenstadt Köln

Mit dem Bus zur Demo

"Truppen raus aus Afghanistan"

Am 20. September findet in Berlin und Stuttgart eine Demonstration statt, Motto: "Dem Frieden eine Chance, Truppen raus aus Afghanistan - Nein zur Verlängerung der Mandate für den Bundeswehreinsatz in Afghanistan". Die Partei "Die Linke" hat dafür einen Bus nach Berlin gechartert. Er fährt um 7.00 Uhr ab Schützenplatz. Fahrtkostenbeitrag: 10 Euro Normalpreis, 3 Euro für SchülerInnen und GeringverdienerInnen.

Die Demonstration wird neben der "Linken" von einer Vielzahl Gruppen und Initiativen aus der Friedensbewegung unterstützt. Hier nur ein Absatz aus dem Aufruf: "Für uns ist Deutschlands Beteiligung an diesem grausamen Krieg nicht akzeptabel. Die Besatzung, die gegenwärtige massive Kriegführung sowie die vorgesehene Verstärkung der US-Armee und der Bundeswehr drohen den Krieg zu verlängern und das Land weiter zu destabilisieren. Deutschland würde noch enger in die Kriegführungsstrategie der NATO und damit der USA verstrickt. Diese zielt ab auf die Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens und Zentralasiens zur Durchsetzung machtpolitischer und wirtschaftlicher Interessen." Der ganze Aufruf und technische Infos unter: www.afghanistandemo.de - Anmeldungen unter: 05141-9013040

TERMINE

Ausstellung in der Synagoge Hans Calmeyer und die Judenrettung in den Niederlanden

Noch bis zum 5. Oktober ist in der Synagoge eine Ausstellung zu sehen, die Leben und Werk des Osnabrücker Rechtsanwalts Hans Calmeyer (1903-1972) thematisiert, der als Verwaltungsjurist während der deutschen Besetzung der Niederlande Tausende von Juden vor der Deportation und damit vor der Ermordung in den NS-Vernichtungslagern bewahrte. Dieses Husarenstück von Judenrettung während des Holocaust ist der Sache nach interessanter und atemberaubender als die bekannte Liste von Oskar Schindler.

Öffnungszeiten: Di. - Do. 12 - 17 Uhr, Fr. 9 - 14 Uhr, So. 11 - 16 Uhr

Sa. 27.09.2008, 21:00 Uhr

Joseph Parsons & Band
Singer/Songwriter/Gitarrist aus Philadelphia
Präsentiert von der Celler Rockmusikinitiative e.V.

Auf einem Konzert mit Joseph Parsons & Band herrscht immer eine einzigartige Stimmung, Gänsehaut garantiert. Der Singer/Songwriter aus Philadelphia steckt Herzblut und Energie in seine Lieder, wie kaum ein anderer. Seine Lieder sind Geschichten, welche von Menschen gefangen in harten Zeiten handeln, auf der Suche nach Erlösung. Eine Mischung aus gefühlvollen Balladen und Rock.

Eintritt: 12,00 EUR, VVK: 10,90 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str. 30

Di. 30.09.2008, 20:00 Uhr

FAU-Veranstaltung:
Solidarische Ökonomie und Selbstverwaltung, Teil I
Diskussionsveranstaltung.
Gezeigt wird dazu ein Film zur Strike-Bike-Kampagne (Nordhausen/Thüringen).
Außerdem werden der Vertrieb fair gehandelter und ökologischer Kleidung der FAU Hannover sowie das selbstverwaltete Unabhängige Jugendzentrum Korn vorgestellt
UJZ Kornstrasse 28-30
30167 Hannover

So, 05.10.2008, 20:00 Uhr

"Direkt wie aus'm Leben"
Hans Scheibner
Überall ist Irrenhaus und überall das Paradies! Man muss nur wissen, ob man

sich gerade in dem einen oder in dem anderen befindet. Mit seinem neuesten Programm "Direkt wie aus'm Leben" bleibt Scheibner zwar Scheibner - und doch stellt er sich diesmal als ein ganz anderer vor:

Scheibner, der Erzähler abgründiger Alltagsgeschichten;
Scheibner, der Träumer;
Scheibner der Poet mit der entgleisten Lyrik.
Eintritt: 17,00 EUR, VVK: 15,90 EUR
CD-Kaserne, Celle
Hannoversche Str.

Bitte Spenden für 's Bunte Haus

Spendenaufwurf wegen enorm hoher Energiekosten:
Über 4000 Euro beträgt unser Heizkostenanteil für 2007. Das trifft uns hart, vor allem weil es geplante Renovierungsmaßnahmen jetzt unmöglich macht.
Wer was übrig hat - her damit! (Eine Spendenbescheinigung bekommt Ihr auch.)

Hier die Kontonummer:
Buntes Haus Celle e.V.
Sparkasse Celle (BLZ 25750001)
Kontonummer 22 88 17

Mit freundlichen Grüßen,
www.bunteshaus.de

Bitte Spenden für 's Bunte Haus

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 20.00 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -14 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-Haus,
Fritzenwiese

sic! - sozial in celle

Erwerbslosenberatung
Je. Di. + Do., 14.30 - 17.00 Uhr
Neustadt 23

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
19.30 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Café:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 2. Di. im Monat, 20.00 Uhr